

Justitias Augenbinde

Zu einem skandalösen Verwaltungsgerichts-Urteil

Im Wintersemester 1973/74 verweigerten an der Kieler Christian-Albrechts-Universität 2800 Studenten die Zahlung des AStA-Beitrags in Höhe von 5,70 DM. Der links-radikale AStA nutzte daraufhin die juristischen Kniffe, die ihm das System bietet, das er vernichten will, und verschickte Zahlungsaufforderungen, die denjenigen mit der Zwangseintreibung drohten, die weiterhin ihren AStA-Beitrag verweigern würden. Die bürokratische Drohgebärde führte weitgehend zum Erfolg, doch auch danach verweigerten immerhin 650 Studierende dem AStA den geforderten Tribut. Sie legten beim Rektor Widerspruch gegen die Zahlungsbescheide ein, den sie mit dem Hinweis auf die verfassungsfeindlichen und rechtswidrigen Tätigkeiten des AStA begründeten. Der Rektor annullierte daraufhin die Zahlungsbescheide.

Natürlich eilte der AStA zum Verwaltungsgericht. Anfang Mai hob die IX. Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts in Schleswig die Anordnungen des Rektors auf und gab dem AStA Recht. Formal wird diese Entscheidung des Gerichts vom Buchstaben des Gesetzes gedeckt, wenn auch nicht von dessen Geist. Doch auch ein Urteil gegen den AStA hätte bei genauer Überlegung dem Gesetz nicht entgegengestanden, denn der AStA kann die gesetzlichen Bestimmungen nicht ständig je nach seinen eigenen Vorteilen einmal brechen und dann wieder für sich nützen.

Die Lage ist ziemlich verfahren. Die Studentenschaft der Universität Kiel ist laut Landeshochschulgesetz eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie ist das, weil sich zu Jahresbeginn über die Hälfte der immatrikulierten Studenten in einer Urabstimmung für diese Organisationsform aussprach. Die Erhebung von Zwangsbeiträgen ist demnach gerechtfertigt. Aber kann man andererseits verlangen, daß Studierende, die dieser Institution zwangsweise angehören, Beiträge entrichten müssen, obwohl

das wichtigste Organ dieser Institution, der AStA, sich ständig in einem verfassungsfeindlichen und rechtswidrigen Sinne betätigt?

Das Verwaltungsgericht hat natürlich auch diesen Punkt bedacht. Es kam dabei zu der Erkenntnis, es sei unerheblich, „ob der AStA möglicherweise eine Rechtsverletzung begeht, indem er ein allgemeinpölitisches Mandat wahrnimmt“. Es komme „auch nicht darauf an, ob er (der AStA, -red.) eine verfassungsfeindliche Politik betreibt oder andere rechtswidrige Handlungen begeht und ob er für alle diese Handlungen die Mitgliedsbeiträge der Studenten verwendet“. Bezahlt werden muß trotzdem.

Der Rektor riet inzwischen den Betroffenen, mit Anfechtungsklagen gegen die Zahlungsbescheide des AStA vorzugehen. Dagegen hält die Vereinigung „Studenten für das Grundgesetz“, der die entschiedene Opposition gegen die salonkapitalistische Methode des AStA, seine rechtswidrige Tätigkeit zu finanzieren, im wesentlichen zu verdanken ist, recht wenig von diesem Rat des Rektors. Die Vereinigung, die an dem Urteil rügt, daß „die Verfassungsfeindlichkeit des AStA und die gesetzwidrige Inanspruchnahme des allgemeinpölitischen Mandats unberücksichtigt“ geblieben sei, will dennoch einen Musterprozeß führen: „Nachdem der AStA uns gezeigt hat, wie erfolgreich die von ihm bekämpfte ‚Klassenjustiz‘ arbeitet, sehen wir uns veranlaßt, selbige auch in Anspruch zu nehmen.“ Auf diesem Wege soll erreicht werden, daß die Verfassungsfeindlichkeit des AStA gerichtlich festgestellt und ihm die Ausübung des politischen Mandats untersagt wird.

Allerdings wäre das auch dadurch zu erreichen (und dann wesentlich schneller), daß der Rektor von seiner Aufsichtspflicht über den AStA Gebrauch macht und nachprüft, ob die derzeitige Handlungsweise des AStA mit dem Landeshochschulgesetz zu vereinbaren ist. Da die Kieler Uni nicht allzuweit vom Regierungsviertel entfernt ist, wäre es

gewiß auch ratsam, die verantwortlichen Politiker zu wecken. Schließlich wäre das die einfachste Methode, das rechtswidrige Gebaren des AStA zu unterbinden, statt sich um 5,70 DM zu streiten. Doch wie gehabt werden sich die Studierenden der Christiana Albertina selbst helfen müssen, indem sie bei der nächsten Gelegenheit die Voraussetzungen für einen verfassungskonformen AStA schaffen. Gesetzgeber und Justiz sind bei der Verteidigung der Verfassung ziemlich unsichere Verbündete, wie sich auch hier wieder gezeigt hat. Dem Verwaltungsgericht in Schleswig kommt immerhin das Verdienst zu, den Laien endlich darüber aufgeklärt zu haben, warum Justitia eine Binde vor den Augen trägt. Ein Witzbold gar erbat in Schleswig die Auskunft, wann denn Justitia das Brett vor die Stirn genagelt worden sei.

BEILAGENHINWEIS

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma Badische Tabakmanufaktur Roth-Händle bei. Wir bitten um Beachtung.



Prof. Erhard Kantzenbach

Kantzenbach-Interview

Fortsetzung von Seite 1

hätte verwenden können. Wenn wir jetzt in der Bildungspolitik wünschen, daß eine möglichst große Anzahl von Kindern in Zukunft weiterführende Schulen besuchen, oder jedenfalls mehrere Jahre zur Schule gehen, und ihnen einen Abschluß geben wollen, der an Qualität dem Abitur gleich ist, dann müssen wir auch anerkennen, daß für diese große Zahl von Schülern nicht genügend Studienplätze zur Verfügung steht. Das heißt, das Abitur verliert in diesem Fall seine Aufgabe als Eingangsprüfung für die Universität, und die Lehrinhalte an den Schulen müssen sich stärker am Berufsleben orientieren. Eine solche Wandlung der weiterführenden Schulen und des Abiturs würde ich im Sinne einer Bildungspolitik, die einem größeren Anteil eines jeden Jahrganges die Chance einer weiterführenden Bildung vermittelt, begrüßen.

STUDENT: Wie könnte dann konkret das neue Regulativ für den Zugang zur Hochschule aussehen?

KANTZENBACH: Ich glaube, daß sicherlich die Attraktivität eines Hochschulstudiums für viele Schülerinnen und Schüler abnehmen wird, wenn sie erkennen, daß ein Hochschulstudium ihnen zukünftig nicht automatisch einen besseren Verdienst und eine höhere gesellschaftliche Position vermittelt, als das gegenwärtig noch der Fall ist. Ich meine, daß in der wirtschaftlichen Entwicklung immer stärker die Einkommen verschiedener Berufsgruppen aneinander angeglichen werden, und daß deshalb die materiellen Anreize für ein Studium sicherlich in Zukunft geringer werden. Dennoch wird man vielleicht nicht ganz ohne Zugangsbeschränkungen zu der begrenzten Zahl von Studienplätzen auskommen, und ich meine dann schon, daß eine Eingangsprüfung notwendig wäre. Freilich müßten hier auch fachspezifische

student-tips

Dr. Hans Berger war Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl, bis er im März 1971 von seinem Posten abberufen und quasi strafweise in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde, weil er als entschiedener Gegner des ostpolitischen Abenteuerturns der Regierung Brandt-Scheel galt. Der Entlassung des Botschafters war ein von Bonn aus gesteuertes monatelanges Kesselstreben in der west-deutschen und osteuropäischen (speziell polnischen!) Publizistik vorausgegangen. Das auch hier taktlose Verhalten des Bonner Regimes ist mit dem Hinweis darauf erklärt, daß die politische und geographische Größe „Rom“ bei der Vorbereitung und Durchführung der „neuen politischen Ara“ von großer Bedeutung war: Hier gewann die Ost-„Politik“ in Geheimgesprächen Herbert Wehnert mit der Führung der Kommunistischen Partei Italiens zuerst reale Gestalt. Zu einem späteren Zeitpunkt war die Haltung des Vatikans von einiger Bedeutung für die weitere Verwirklichung der Bahrschen Konzeption. Doch der nunmehrige Botschafter a.D. Dr. Hans Berger machte aus der neuen Situation das Beste und veröffentlichte in Tages- und Wochenzeitungen eine Vielzahl kritischer Aufsätze. Als erster Ertrag dieser publizistischen Tätigkeit erschien jetzt eine an Umfang schmale (36 S.), vom Inhalt her aber gewichtige Broschüre (Dr. Hans Berger: Sorge um Deutschland. Gedanken aus diplomatischer Sicht). Die Broschüre, die uneingeschränkt empfohlen werden kann, ist gegen Voreinsendung von 2 DM in Briefmarken erhältlich bei: Das Ostpreußenblatt, 2 Hamburg 13, Postfach 8047.

Im November 1973 erschien in der polnischen Exil-Zeitschrift KULTURA (Paris) ein ausführlicher Bericht über das religiöse Leben (vor allem der Katholiken) in der Sowjetunion, der auf persönlichen Beobachtungen und Gesprächen des Autors aus der Zeit von 1970 bis 1973 basierte. Die deutsche Übersetzung des Textes (9 Schreibmaschinenseiten) ist als Fotokopie bei der Redaktion gegen eine Kostenbeteiligung von 2,— DM erhältlich. — Deutschsprachige

Christen aus Sibirien schrieben einen Brief an die sowjetische Führungsspitze, den sie aber zuerst an UNO-Generalsekretär Waldheim schickten, damit er ihn an die Empfänger im Kram weiterleite. Gleichzeitig sandten „Junge Christen Sibiriens“ einen Offenen Brief an ihre Altersgenossen im Westen. Beide Texte sind in deutscher Übersetzung (zusammen 6 Seiten) als Kopien gegen 1,50 DM erhältlich. Alle drei hier genannten Übersetzungen können auch zusammen gegen 3 DM Kostenersatz angefordert werden. Voreinsendung in Briefmarken! Anschrift: Redaktion „student“, 8700 Würzburg 2, Postfach 320 (vgl. Kommentar auf dieser Seite).

Der Militärputsch vom 11. September 1973 in Chile gehört zu den kontroversen Themen der öffentlichen Meinung. Die Emotionen beherrschen die Diskussion. Doch zeigt sich an diesem Beispiel, wenn man es z.B. mit der früheren Auseinandersetzung um „Vietnam“ vergleicht, wie sehr sich in den letzten Monaten das politische Klima verändert hat. Die Empörung über den Sturz Allendes reicht gerade noch aus, um ein müdes Feuerchen am Leben zu halten, an dem die Linke die Erinnerungen an vergangene bessere Tage aufwärmen kann. Auch darauf dürfte es zurückzuführen sein, daß unsere Kenntnisse von den Vorgängen in Chile sehr mangelhaft sind. Das ändern möchte Prof. Bernhard Staritschka, der unter dem Titel „Der Sturz des Präsidenten Allende in Chile“ einen Augenzeugenbericht über die Vorgeschichte und den Verlauf des chilenischen Putsches vorlegt (Politikum-Reihe Bd. 22, J. Fink Verlag Stuttgart, 54 S., kart., 6,80 DM). Der Verlag sucht diese Beobachtungen als „subjektiven Bericht“ herabzustufen. Doch „subjektiv“ dürften schließlich alle Augenzeugenberichte sein. Und ein eigenes unabhängiges Urteil setzt immer eine möglichst breite Informationsbasis voraus. Dazu ist dieses Büchlein ein wichtiger Beitrag.

Noch in Rußland geschrieben und an die Adressaten abgesandt wurde ein Brief Alexander Solschenizyns, der dann von dem zwangsexilierten Dichter als politisches Manifest in Form eines „Offenen Briefes“ veröffentlicht wurde. Der vollständige Text liegt in deutscher Übersetzung als Band 178 der „Sammlung Luchterhand“ vor (64 S., 3,80 DM). Titel: „Offener Brief an die sowjetische Führung“. Fazit: Eine sehr umfassende politische Standortbestimmung, die nicht nur die Grundlage zur positiven Veränderung der östlichen, sondern auch der westlichen Welt abgeben kann.

Seinen Sitz in Brüssel hat das „International Committee for the Defense of Human Rights in the U.S.S.R.“, das neben Einzelschriften auch die Zeitschrift „Human Rights in U.S.S.R.“ (englische und französische Ausgabe) herausgibt. Das Komitee widmet sich allein der Aufgabe, im Westen um Verständnis für die sowjetischen Bürgerrechtsbewegung zu werben und über die Aktivitäten der sowjetischen Oppositionellen zu informieren. Heft 2/3 (1974) der Zeitschrift berichtet fast ausschließlich über die verschiedenen Aspekte der Ausweisung Solschenizyns und stellt so eine gute Dokumentation des „Falls Solschenizyn“ und der Folgen dar. Die Zeitschrift kostet im Jahresabonnement bei monatlichem Erscheinen 300 belgische Francs. Adresse: International Committee for the Defense of Human Rights in the U.S.S.R., Place Eugène Flagey, 28; B-1050 Bruxelles.

Dem Thema „Antikommunismus“ widmet die Zeitschrift „europäische ideen“ ihr 3. Heft. Ausgehend von Thesen Robert Havemanns entwickelt sich eine lebhaft und interessante Diskussion, bei der jedoch die Linke überwiegend unter sich bleibt. Der rechte Flügel endet leider schon bei Matthias Walden und einer wissenschaftlichen Institution wie dem Schweizerischen Ostinstitut. Ein Teil der Beiträge äußert Grundlegendes zu einem längst tabuisierten Thema (65 S., Einzelpreis 5 DM). Für Interessierte sehr zu empfehlen. Anschrift: Europäische Ideen, 1000 Berlin 37, Mühlenstraße 17 b.

In „Aus Politik und Zeitgeschichte“, der Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament“ erschien am 26. Januar 1974 unter dem Titel „Konservatismus – Sand im Getriebe des Fortschritts?“ eine sehr informative und empfehlenswerte kommentierende Literaturübersicht. Der Autor Hans Günter Höckerts mußte sich nach Lage der Dinge meist mit umfangreichen anti-konservativen Pamphleten auseinandersetzen und lieferte gleichzeitig einen Beitrag zur Definition des heutigen Konservatismus. Anschrift: Das Parlament, 55 Trier, Fleischstraße 61-65.

In Nr. 43 boten wir in dieser Rubrik acht verschiedene Schriften an. Die Flut der Bestellungen übertraf alle unsere auf frühere Erfahrungen bezogenen Erwartungen, so daß unsere Vorräte nicht ausreichten. Wir sind jedoch bemüht, die Bestände zu ergänzen und bitten die Besteller um etwas Geduld.

Christen in Sibirien

Verfolgungen, Inhaftierungen, Verletzung der Menschenrechte: das alles, behaupten die Offiziellen in Moskau, gehöre der Vergangenheit an. Solschenizyn sei darum mindestens 15 Jahre zu spät mit seiner Anklage auf den Plan getreten. Die Wirklichkeit widerspricht dieser beschönigenden These, die der Entspannungseuphorie als Begleitmusik beigegeben wird. Das Lied, welches die Baptisten im Altaigebiet singen, hat andere Töne. Während in Südamerika Christen sich öffentlich auf die Seite der Unterprivilegierten stellen können und repressiven Regierungen den Kampf ansagen, müssen die unterprivilegierten Christen Sibiriens auf dem Umweg über den UNO-Generalsekretär an ihre eigene Regierung gelangen, um gegen Willkür, Verfolgung und Überfälle zu protestieren.

46 Unterschriften trägt der Brief, der jetzt geschrieben wurde. 46 Männer und Frauen, durchweg Väter und Mütter vieler Kinder, die keinen anderen Ausweg mehr sehen, als das Land, dem sie und ihre Vorfahren seit Jahrhunderten verbunden sind, zu verlassen. Ein Land, das ihnen die religiöse Erziehung ihrer Kinder verwehrt, in dem sie Bürger ohne Rechte sind und zu Verbrechen gestempelt werden. Let my people

go! Der alte Ruf des Moses erschallt auf neue. Wird der neue Pharao im Kram ihn hören?

„Sektiererischer Gestank“, so schrieb die Zeitung „Altajskaja prawda“, sei es, was die Baptisten verbreiteten. Rowdies und Dieben werden sie gleichgestellt. Sie, die nichts anderes im Sinn haben, als kompromißlos Gott als ihrem Herrn zu folgen und keine anderen Götter neben ihm dulden.

Nochmals: Wird Breschnew, nachdem er sich elegant der Juden und Dissidenten entledigte, auch die Baptisten ziehen lassen? Und wenn ja: Wohin sollen sie gehen? Dem Weltkirchenrat in Genf liegen andere Sorgen auf der Seele, Frelimo zum Beispiel und auch die Verurteilung der Kapitalisten. Jener Männer also, ohne die in Ost und West und der Dritten Welt niemals eine Industrie entstanden wäre.

Wohin sollen sie gehen? Für dissidente Juden gibt es Israel, für dissidente Literaten und Wissenschaftler Verlage und Lehrstühle. Wohin aber gehen Evangeliumschristen in einem Europa, das die Botschaft des Evangeliums zu einer politischen Heilslehre unfunktioniert? Sollte man ihnen nicht anraten, ihren Brief zu widerrufen?

student

Freiheitliche Zeitschrift für Politik, Kultur und Gesellschaft

Herausgeber

Studentische Aktionsgemeinschaft für Publizistik e.V.
Ulrich Gerken, 7000 Stuttgart 71, Olivenstraße 40.
Telefon (07 11) 47 20 39
Anschrift der Redaktion: 87 Würzburg 2, Postfach 320

Redaktion:

Rosmarie Bandulet, Hamburg 52, Söbendjken 3 (Tel. 0 40 / 62 10 35); Konstanze Frein von Lilien-Waldau, 8700 Würzburg, Friedenstraße 2; Joachim Maurer, 58 Hagen, Buscheystraße 36 (geschäftsführend und presserechtlich verantwortlich); Dietrich Murswiek, 69 Heidelberg, Schröderstraße 24; Christoph Graf von Plettenberg, 8700 Würzburg, Am Pleiderurm 4; Günter Stammes, 8700 Würzburg, Uhlendorfstraße 16.

Korrespondenten

Bundesrepublik

Clausthal: Volker-Gerhard Jahn, 3392 Clausthal-Zel-

terfeld, Bahnhofstraße 13; Erlangen: Sigmund Gottlieb, 85 Nürnberg, Kritzstraße 21; Freiburg: Karl Gabriel, 78 Freiburg i. B., Schlierbergerstraße 41; Göttingen: Sigrun Veeh, 3400 Göttingen, Calsowstraße 23a; Hamburg: Helmut Matthies, 2 Hamburg 54, Spanns-kamp 26; H. J. Apel, 219 Cuxhaven, Abschnede 36; Heidelberg: Robert Detzel, 6900 Heidelberg, Kurzer Buckel 7; Mainz: Wolfgang Traxel c/o Redaktion „student“; München: Uwe Schön, 8000 München 80, Cuvilli-straße 29; Tübingen: Axel Heinzmann, 7400 Tübingen, Grabenstraße 19

Osterreich

Gratz: Ludwig Rader, A-9560 Feldkirchen, Fresen 2; Innsbruck: Dr. Walter Ebenberger, A-6020 Innsbruck, Reichenaue Straße 10; Salzburg: Bernhard Hötter, A-5020 Salzburg, Rainerstraße 2; Wien: Edgar Zach, A-1090 Wien, Nußdorfer Straße 75; Hartmut Rochowanski, A-1070 Wien, Lindengasse 25

Ausland

Malmö: Eric Brodin, Sofagatan 18, 214 45 Malmö; Stillwater (USA): Warren B. Morris Jr., Oklahoma, State University.

Vertrieb

Günter Stammes, 8700 Würzburg, Uhlendorfstraße 16

Echo

Auf Seite 8 der Mai-Ausgabe Ihrer Zeitschrift (Nr. 43, Mai 1974) findet sich der Artikel „Zahlen zur sozialen Lage“.

Die in diesem Artikel genannten Förderungsbeträge wurden der Januarausgabe des Jahres 1974 der Hochschulzeitung UMBITS entnommen. Die dort genannten Beträge wurden vom Studentenwerk München im Rahmen einer Stichprobe aus 207 Akten errechnet.

Die in Ihrem — im Tenor sicherlich rieb-tigen — Artikel genannten monatlichen Gesamtförderungsbeträge beziehen sich, wie es auch dem UMBITS entnommen werden kann, auf diese Stichprobe. Im Zeitraum 1973/74 wurden im Durchschnitt monatlich 7,5 Millionen DM an Förderungsmitteln ausgezahlt. Im Zeitraum 1972/73 waren es etwa 6,4 Millionen DM. Absolut ist dieser Betrag also sehr wohl angestiegen, nur verteilt sich der erhöhte Betrag auf eine erheblich angestiegene Zahl von Förderungsempfängern.

Unbeeinflusst von dieser Korrektur ist natürlich die Gesamtaussage Ihres Artikels, der in der Tat genau den Kern der Problematik trifft, richtig.

STUDENTENWERK MÜNCHEN
Förderungs- und Gesundheitsdienst

WELLAUKEN

ENGLISH BLEND

Pipe Tobacco

Clouds of high Enjoyment

With Latakia, Perique and Cavendish

HELMUT MATTHIES

Christentum und politische Aktion

Das Gemeindeverständnis der ESG in der Diskussion

Keine kirchliche Institution ist so umstritten wie die Evangelische Studentengemeinde (ESG). Dies wurde erst wieder in den letzten Wochen deutlich, als der renommierte Hamburger Theologe Prof. Helmut Thielicke in einem Interview äußerte, die Studentengemeinden seien „weithin Kristallisationspunkte des Extremradikalismus“. Er forderte die Kirchenparlamente auf, „diesem Schwindel endlich ein Ende zu bereiten“. Die Studentengemeinden antworteten auf Thielickes klare Worte mit einem unbeschreiblichen Wutgeheul. Thielicke hatte offensichtlich in ein Wespennest gestochen.

Da die Evangelische Studentengemeinde schon durch ihren Namen und Charakter als Teil der Kirche vorgibt, Zusammenschluß evangelischer Studenten an Hochschulen zu sein, geht ihre Entwicklung nicht nur die Synoden und die Kirchensteuerzahler etwas an, sondern gerade auch uns Studenten, die wir — soweit evangelisch — zumindestens formell zur ESG gehören und von ihr ja auch als Mitglieder angesprochen werden.

Die ESG war nicht immer so umstritten wie heute. Einzelne Studentengemeinden entstanden bereits kurz nach dem ersten Weltkrieg. Rühmlichstes Kapitel ihrer bisherigen Geschichte dürfte ihre Haltung im Dritten Reich gewesen sein. Nach ihrem Zusammenschluß mit den Studentengruppen der Bekennenden Kirche war sie ein Bollwerk christlichen Glaubens an unseren Universitäten. Nach dem Kriege entstand aus den Reihen dieser mutigen Studenten 1946 in Treysa die Evangelische Studentengemeinde in Deutschland. Ihre Arbeit wird von einer Delegiertenkonferenz verantwortet, die aus Vertretern der Studentengemeinden, der Studentenpfarrer, der Evangelischen Kirche in Deutschland, der zuständigen Landeskirche usw. besteht. In den ersten Nachkriegsjahren erlebte die ESG einen enormen Aufschwung. Bald gab es kaum noch eine Hochschule, wo sie nicht vertreten war. Für viele Studenten war sie Heimat und Gemeinde. Die ESG verstand sich von jeher als Glied der Kirche. Sie

besaß aber auch die für eine Hochschulgemeinde nötige ökumenische Offenheit und Weite. 1962 heißt es in ihrer Ordnung: „Die Evangelische Studentengemeinde ist Gemeinde Jesu Christi an den Hochschulen. Sie lebt aus der Verkündigung des Evangeliums und dem Gebrauch der Sakramente. Sie wendet sich nicht nur an Glieder einer bestimmten Konfession, sondern ist offen für Glieder aller christlichen Kirchen und für alle, die nach der christlichen Botschaft fragen.“ Wichtiges Anliegen war ihr die Bedeutung des christlichen Glaubens in der Lebenswirklichkeit des Studenten. Es ging ihr nie nur um die Theorie, sondern gerade auch um die Praxis, die aus dem Glauben erwächst. So kümmerte sie sich besonders um die menschliche Not am Studienplatz.

Eine Studentengemeinde ist natürlich nicht mit einer normalen Kirchengemeinde vergleichbar. Sie muß viel offener und der Situation an den Hochschulen angepaßt sein. Das bedeutet jedoch nicht, daß sie ihr Proprium, wie es im „evangelisch“ ihres Namens zum Ausdruck kommt, verleugnen oder gar verlieren darf. Dies ist jedoch geschehen, als sich Mitte der sechziger Jahre Programmatik und Praxis der Evangelischen Studentengemeinden langsam, aber sichtbar änderten und schließlich zu einer völligen Pervertierung des ursprünglichen Selbstverständnisses führten. Diese Entwicklung fing an mit dem Wunsch nach stärkerem sozial- und gesellschaftspoliti-

schen Engagement und hat sich seit 1967 bis zum Aufruf des „Kampfes für den Sozialismus“ (Flugblatt der ESG Hamburg vom Januar 1974) fortgesetzt. Die allgemeine hochschulpolitische Entwicklung der vergangenen zehn Jahre hat die Studentengemeinden entscheidend geprägt. Engagierte sie sich anfangs nur zögernd bei der Studentenrevolte, so wurde sie an einigen Universitäten bald zur Vorhut der studentischen Linken. 1968 arbeiteten Studentengemeinden offen mit dem „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) bei Demonstrationen und anderen Aktionen zusammen. Der damalige Generalsekretär der ESG, Pfarrer Heinrich Constantin Rohrbach, lehnte jede Distanzierung vom SDS ab und lobte die Aktivitäten des Bundes ausdrücklich (Stuttgarter Zeitung vom 31. 5. 1968). Bei vielen Ausschreitungen gegen die Amerikahäuser, das Springer-Verlagshaus in Berlin, ja selbst bei Gottesdienststörungen — zuletzt beim Silvestergottesdienst 1972 in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin (WELT vom 3.1.1974) — waren die Evangelischen Studentengemeinden maßgeblich beteiligt. Obwohl sich die ESG oft bis zur Selbstverleugnung bei den Linksradikalen anbiederte und weiterhin anbietet, ist sie stets nur eine kleine Gruppe geblieben. Sie konnte offenbar ihren „weltlichen“ Genossen auch nicht die Bedeutung ihres Christentumsverständnisses für den Aufbau des Sozialismus klarmachen. Jedoch sind aber nicht alle Studentengemeinden umfunktioniert. Wenn bisher pauschal von linksradikalen Evangelischen Studentengemeinden die Rede war, so ist insofern eine Einschränkung nötig, als es

besonders in einigen kleineren Universitätsstädten und in Bayern noch eine Reihe intakter Gemeinden gibt, die ihren Auftrag im Sinne oben genannter Ordnung erfüllen. Sie bilden allerdings bisher nur eine Ausnahme. Die Masse der Hochschulgemeinden ist faktisch zu einer „MSG (Marxistischen Studentengemeinde)“ avanciert. Semesterprogramme und Flugblätter lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. In ihrer Grundsatzklärung sahen die sechs Evangelischen Studentengemeinden Berlins 1972 „den Sinn ihrer gemeinsamen Arbeit darin, auf dem Hintergrund einer geschichtlich und materialistisch aufzubereitenden Theologie die Möglichkeiten Gesellschaft verändernder und revolutionierender Praxis zu reflektieren und diese Praxis ... mit politischem Engagement in den Hochschulen und der Gesellschaft aktiv zu betreiben und zu initiieren“. Die Arbeitskreise der ESG sind dementsprechend ausgerichtet. Da gibt es beispielsweise den Arbeitskreis Imperialismus, zu dem sich im Programmheft die Anmerkung findet: „Der Arbeitskreis setzt die Tradition der Kreise ‚Marx und Marxismus für Anfänger‘ fort“. Die ESG der Kirchlichen (!) Hochschule Berlin beginnt ihre Visitenkarte mit den Worten: „Die ESG ist offen für alle. Sie weiß sich jedoch als inmitten einer spätkapitalistischen Gesellschaft mit ihren mehr oder weniger offenen Klassenkämpfen stehend“. Für den Berliner Studentenpfarrer Veerkamp gilt selbst für Bibel und Christentum, „daß sie eine Geschichte von Klassenkämpfen war und ist. Die Bibel verfügt über handfeste Dokumente des Klassenkampfes. Das bedeutet durchaus eine revolutionäre Potenz.“

Ist der Evangelischen Kirche noch zu helfen?

Der Kölner Studentengemeinde ist der „Unterschied zwischen den gesellschaftlichen Zielen wahrer Christen und wahrer Kommunisten ... unwesentlich“. Ihre Partner werden von ihr offen genannt: „Wir halten die chinesischen und nordvietnamesischen Versuche, den Sozialismus zu verwirklichen, für die bisher hoffnungsvollsten“. (Aus einem Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger vom 29. 6. 1973). Die Hamburger ESG dürfte in ihrer systematischen Hetze gegen unseren Staat alle und alles übertreffen. Man traut seinen Augen nicht, liest man, was sie so von sich gibt. So heißt es in einem Flugblatt (Aufgabe: 10 000, Bezahlung vom Kirchenetat) zur Durchsuchung des ESG-Hauses im

August letzten Jahres von der Polizei: „Was das BKA (Bundeskriminalamt, -red.) vom Reichssicherheitshauptamt, was die MEKs (Mobile Einsatzkommandos, -red.) von der SS und die Politische Polizei von der Gestapo unterscheiden, ist die modernisierte Technologie ihrer Verfolgung: zentrale Computer, Hubschrauber, Kleinstfunkgeräte für jeden Polizisten, Video-Kameras und eine wissenschaftlich erforschte Isolationsfolter in den Gefängnissen, all das gekoppelt mit brutaler Härte, gibt dem heutigen SPD-Regime eine präzise funktionierende Waffe in die Hand, die es braucht, um die sich entfaltende politische Bewegung breiter Massen zu unterdrücken.“ Solcherlei Märchen würde sich selbst die

„DDR“-Presse heute nicht mehr leisten. Die Räumlichkeiten der ESG sind zum Domizil vieler linksradikaler Gruppen geworden. Häufiges Argument der Befürworter dieser Studentengemeinden ist, daß die ESG ja immerhin ein Christentum der Tat praktiziere, was die Kirche ansonsten doch oft straffällig versäumt habe. Doch wie sieht nun dieses Christentum der Tat aus? Da führte die Hamburger ESG beispielsweise im letzten Jahr eine Blutspendenaktion zugunsten von Nordvietnam und den Vietkong durch. Es ging ihr nicht um eine allgemeine Leidmilderung in ganz

Selbst ist der Mann?

Hinweis für die Reinigung von Schweißerschutzkleidung
Dieses Schweißerschutzbekleidungsstück ist permanent, schwerentflammbar imprägniert. Damit die Imprägnierung bei der Wäsche nicht leidet, ist zu empfehlen, zuvor bei Ihrem zuständigen VEB Chemiehandel oder beim VEB Fettchemie in Karl-Marx-Stadt die Waschvorschrift zu erfragen.
VEB Arbeitsschutzkleidung Seifenhennersdorf
Dieser kleine Zettel liegt jedem fabrikneuen Schweißerschutz des VEB Arbeitsschutzkleidung, Seifenhennersdorf, bei.

Vietnam, wie sie Christen überhaupt nur angestanden hätte, sondern um eine — nach ihren eigenen Worten — politische Aktion. Dies wurde noch deutlicher bei einer gleichen Aktion Anfang des Jahres zusammen mit den Evangelischen Studentengemeinden in Kiel, Bremen, Hannover und Lübeck, als Blut gespendet wurde zur „Hilfe für den Widerstand in Chile“. In dazu herausgegebenen Flugblättern trat man offen für Gewalt, Revolution und kommunistische Herrschaft ein. Professor Thielicke sprach in seinem kürzlichen Interview (Deutsche Zeitung vom 25. 1. 1974) deutlich den eigentlichen Skandal an, daß nämlich die evangelische Kirche mit horrenden Kirchensteuerbeträgen eine Handvoll sogenannter Gemeindeglieder aushält, die unseren Staat für einen kommunistischen Umsturz reif machen will. Niemand fördert seine eigenen Gegner und die unseres Staates so großzügig wie die evangelische Kirche. So werden beispielsweise von der Hamburger Kirche den Studentenpfarrämtern der Stadt 584 800 DM im Haushaltsplan 1973/74 bereitgestellt. Man fragt sich da, ob solchen evangelischen Kirchen noch zu helfen ist.



Größte Private
Krankenversicherung Europas

Für unsere Interne Revision suchen wir einen

Diplom-Kaufmann oder einen Betriebswirt (grad.)

als

REVISOR

Die Tätigkeit setzt Aufgeschlossenheit für Detailfragen, Fähigkeit zum analytischen Denken sowie Grundkenntnisse der EDV voraus.

Bitte fügen Sie den Bewerbungsunterlagen Angaben über ihren Gehaltswunsch bei

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.

5 Köln 41 Aachener Straße 300
Personalabteilung Tel.: 57 83 570

Erziehung, Bildung, Wissenschaft in der DDR

Das „einheitliche Bildungssystem“ des Sozialismus ist lückenlos – Gerade deswegen beispielhaft für Reformforderungen bei uns?

Das Recht auf Bildung gilt in der DDR als eine Ausformung des „Rechtes der Werktätigen auf Mitbestimmung und Mitgestaltung“ in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Der offizielle Kommentar lautet: „Sozialistische Bildung ist eine der Wesenszüge des sozialistischen Systems. Die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus verlangt hochgebildete, schöpferische Menschen, die aktiv und bewußt an der Planung und Leitung der Gesellschaft in allen ihren Bereichen

teilnehmen (...). Sozialistische Demokratie, die Ausübung der Macht der Werktätigen erfordert von jedem Bürger Einsicht in die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und Verständnis für die wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Prozesse. Erst dadurch ist aktives und schöpferisches Mitwirken möglich.“ Die Machthaber der DDR erkannten richtig, daß die Bestimmung von Inhalt und Methoden des Bildungs- und Erziehungsprozesses eine überaus wichtige Machtposition darstellt. Des-

halb richtete man von Anfang an größte Aufmerksamkeit auf das Bildungswesen. Hierbei setzte das Regime „alle Kräfte“ dafür ein, daß die Jugend neben der wissenschaftlichen Bildung eine „klassenmäßige Erziehung“ erhält. Denn: „Zu den wesentlichen Anforderungen an die sozialistische Erziehung gehört die Herausbildung eines festen sozialistischen Klassenstandpunktes.“ Bildung im Selbstverständnis der DDR impliziert so immer eine Erziehung durch ideologische Indoktrination.

Anfang dieses Jahres erhielt die DDR ein neues Jugendgesetz. Danach soll das Individuum noch autoritärer an den Staat gefesselt werden. „Die entwickelte sozialistische Gesellschaft der DDR mitzugestalten und in festem Bruderbund mit der Sowjetunion an der allseitigen Integration der sozialistischen Staatengemeinschaft mitzuwirken“, das sind gemäß der Präambel die „revolutionären Aufgaben“ der heutigen Jugend, ihr „grundlegendes Recht und ihre grundlegende Pflicht“. Das Gesetz selbst bestimmt es als vorrangige Aufgabe bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft, „alle jungen Menschen zu Staatsbürgern zu erziehen, die den Ideen des Sozialismus treu ergeben sind, als Patrioten und Internationalisten denken und handeln und den Sozialismus gegen alle Feinde zuverlässig schützen“.

Nach diesem Konzept soll die von der SED gesteuerte Jugendorganisation FDJ die Hauptrolle bei der Erziehung und Bildung der Kinder spielen. Die FDJ wird daneben eigens angewiesen, „volkswirtschaftliche Masseninitiativen der werktätigen Jugend zur Erfüllung und Übererfüllung der Volkswirtschaftspläne auszulösen und zu organisieren“. Die „außerunterrichtliche Tätigkeit“ und die Gestaltung der Ferien sind keineswegs in das Belieben der Jugendlichen gestellt, sondern werden von der FDJ und von den staatlichen Organen reglementiert und überwacht. Die örtlichen Volkvertreterungen, ihre Organe und die staatlichen Leiter, besonders die Schuldirektoren, sind nach dem Gesetz „für die Vorbereitung und Durchführung der Feriengestaltung aller Schüler verantwortlich“.

Ideologie überall

Die kommunistische Ideologie durchdringt alle Erziehungsstufen: Im Lesebuch der 1. Klasse ist von den Volksarmisten die Rede, die „dafür sorgen, daß wir alle in Frieden leben können“. Das Geschichtsbuch eines höheren Jahrgangs behandelt das „Scheitern der imperialistischen Politik des kalten Krieges“ und die Entwicklung der Bundesrepublik zum „Hauptkriegsherde in Europa“. Beim Übergang in die gymnasiale Oberstufe schlagen die Schuldirektoren dem Kreisschulrat die besten Schüler der 10. Klasse zur Aufnahme vor. Entscheidend aber sind nicht nur die guten Leistungen im Unterricht, sondern der Beweis der Verbundenheit mit dem sozialistischen Staat durch einwandfreies Verhalten und gesellschaftliche Tätigkeit.

Der möglichst lückenlose SED-Dirigismus greift vom Bereich der Schule in den Bereich des Studiums über. „Das Studium an einer Universität ist eine hohe gesellschaftliche Anerkennung und für jeden Studenten eine persönliche Verpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse und dem sozialistischen Staat“, lautet der verschleierte Gesetzesschwulst. Konkret bedeutet dies, daß sich in der DDR keineswegs jeder Abiturient — auch mit erfolgreicher fachlicher Eignungsprüfung — immatrikulieren kann. Die Zulassung zum Studium erfolgt vielmehr nach den fachlichen und gesellschaftlichen Leistungen „in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der sozialistischen

Gesellschaft und unter Berücksichtigung der sozialen Struktur der Bevölkerung“. Die FDJ hat das Recht, über die Zulassung zum Studium mitzuentcheiden. So sind eine vorbildliche staatsbürgerliche Haltung und gesellschaftliche Aktivität im Sinne der SED, eine positive Einstellung zum Regime und deren ständiger Beweis auch hier wichtige, sachfremde Auswahlkriterien. Führungszeugnisse durch Schule, Betrieb oder militärische Dienststelle und Aufnahmegespräche durch staatliche Auswahlkommissionen geben entsprechende Auskunft. Wehrdienstverweigerer werden an sozialistischen Hochschulen nicht zugelassen. Das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen arbeitet die Pläne zur Nachwuchslenkung aus. Auf ihrer Grundlage erfolgen Zulassungsbeschränkungen



und Lenkung der Berufswahl. Freie Berufswahl wird ja durch die Verfassung nicht garantiert. Die „Berücksichtigung der sozialen Struktur der Bevölkerung“ macht zusätzlich diskriminierende Entfaltungsbegrenzungen möglich. Es ist beispielsweise bekannt, daß Pfarrerkinder vom Abitur abgehalten werden.

1973 kam hinzu, daß zum erstenmal in der DDR die Zahl der Bewerber wesentlich höher war als die der vorhandenen Studienplätze. Zu jenem bisher praktizierten „unechten“ Numerus clausus traten die wirklichen Engpässe. Für die Studienfächer Geowissenschaften, Psychologie und Forstwissenschaft gab es drei Bewerber pro Studienplatz, für Tiermedizin vier und für Biologie sogar sieben. Da andererseits für die Ausbildung als Ingenieur, Berufsschullehrer oder Lehrer für Mathematik, Physik und Politechnik mehr Plätze als Bewerber vorhanden waren, gab es viele „Umgelenkte“. Das sind Bewerber, die zum Studium nur dann zugelassen werden, wenn sie auf eine Ausbildung in dem von ihnen gewünschten Fach verzichten und statt dessen eine Ausbildung akzeptieren, die „gesellschaftlich notwendig“ ist.

Die angebliche Einheit von Bildung und klassenmäßiger sozialistischer Erziehung schränkt die Möglichkeit der Auswahl der Bildungsinhalte vollends ein. Freiheit von Forschung und Lehre ist von der Verfassung nicht garantiert. Vielmehr wird in der DDR die Parteilichkeit der Wissenschaft gefordert.

Der Aufbau des sozialistischen Studiums

Der erste Teil des Studiums, das Grundstudium (zwei Jahre), besteht zu etwa einem Drittel aus dem obligatorischen Studium des Marxismus-Leninismus, der Beschlüsse der SED und der KPdSU. Eine reine „Technokratenausbildung“ wird abgelehnt. Hier z.B. die Gliederung des Studiums „Sozialistische Betriebswirtschaft“:

(Die Prozentzahlen geben den jeweiligen Anteil am Stundenvolumen wieder):

I. a) Diamat, Histomat; politische Ökonomie des Sozialismus und des Kapitalismus; wissenschaftlicher Sozialismus, Grundlagen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 19,2 Prozent

b) Marxistisch-Leninistische Staats- und Rechtstheorie der DDR; Soziologie und Theorie des Marxismus-Leninismus 5,8 Prozent

II. Sozialistische Volkswirtschaftslehre; Planungssystem, Prognosesystem; Finanzen und Preise, Außenwirtschaft, Reproduktion des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens 9,9 Prozent

III. Marxistisch-Leninistische Organisa-

tionswissenschaft, Datenverarbeitung, Kybernetik 22 Prozent

IV. Betriebswirtschaftliches Studium Reproduktion der Arbeitskraft, Produktion, Absatz, Versorgung, Teilsysteme der Planung und Leitung im Betrieb und Kombinat, Rechnungsführung, Statistik 16,5 Prozent

V. Sozialistisches Arbeits- und Wirtschaftsrecht 3 Prozent

VI. Naturwissenschaftlich - technisches Grundwissen 8,4 Prozent

Im zweiten Teil des Studiums, dem Fachstudium, kann sich der Student ganz seinem Spezialgebiet widmen. Die ideologische Unterweisung ist mit dem Grundstudium beendet. Allerdings erwartet man von ihm auch weiterhin ein Minimum an „gesellschaftlicher Aktivität“: Regelmäßigen Besuch von FDJ-Veranstaltungen, von Parteiveranstaltungen an der Hochschule und sportliche Betätigung. Von den zweimonatigen Ferien muß ein Teil entweder für Praktika oder für „gesellschaftlich nützliche“ Tätigkeit (Einsatz bei der Ernte, bei

Straßenarbeiten oder in Betrieben) aufgewendet werden. Der Durchschnittsstudent versucht jedoch, Partei- und FDJ-Versammlungen möglichst zu meiden, vormilitärischen Übungen und anderen Einsätzen zu entgehen, und er ist recht inaktiv, wenn es um studentische Selbstverwaltungsorgane geht. Mit einschneidender Kritik halten allerdings die meisten zurück, weil sie wie alle Konformisten um ihre Karriere bangen. Für die meisten Studenten ist das Studium nach vier Jahren mit der Diplomprüfung beendet. Nur wer hohe wissenschaftliche Qualifikationen nachweisen kann, wird zu einem weiteren Studienjahr zugelassen und kann promovieren.

Das Promotionsrecht und die Verleihung der Lehrbefähigung sind nicht ausschließlich den staatlichen Hochschulen vorbehalten.

Zeit sind von herausragender Bedeutung für die Hochschulen der DDR.

Eine Besonderheit des Hochschulwesens der DDR stellt das Fernstudium dar, das gleichberechtigt neben dem Direkt- und Abendstudium steht. Durch diese Art des Studiums wurden neue Bevölkerungsschichten, vor allem die Arbeiterschaft, an die Hochschulen herangeführt. Der „Fernstudent“ lebt nicht an einem Universitätsort, sondern arbeitet im Selbststudium zu Hause mit zugesandtem Material.

Seit der 3. Hochschulreform in der DDR Ende der sechziger Jahre ist die Hochschulforschung voll auf Auftragsforschung hin zentriert. Auf Vertragsbasis erfolgt die Finanzierung der Universitätsforschungsprojekte durch die staatliche Wirtschaft. Das schafft entsprechende Abhängigkeiten. Die

Minister für Hoch- und Fachschulwesen direkt unterstellt und seinerseits gegenüber allen Hochschulangehörigen weisungsbe-rechtigt. Die kollegialen Organe der Universität, Konzil, Gesellschaftlicher Rat und Wissenschaftlicher Rat können ihm lediglich Empfehlungen geben.

Das Konzil ist eine Versammlung von Delegierten aller Gruppen an der Hochschule: Wissenschaftler, Studenten, Arbeiter und Angestellte. Die Delegierten werden nach einem vom Rektor festgelegten Schlüssel gewählt.

Der Gesellschaftliche Rat soll in seinen Empfehlungen die gesellschaftliche Praxis vertreten. Seine Mitglieder gliedern sich in Universitätsangehörige und in solche, die der Hochschule nicht angehören. Der Rektor und die Sekretäre der Hochschulleitungen von SED, FDJ und FDGB sind durch ihre Funktion Mitglieder des Rates. Die der Hochschule angehörenden weiteren Mitglieder werden vom Konzil nach einem gemeinsamen Vorschlag von Rektor, SED, FDJ und FDGB gewählt. Die nicht der Hochschule angehörenden Mitglieder werden vom Minister berufen. Von diesem Wahl- und Berufungsverfahren her ist im Konzil volle Konformität sicher.

Der Wissenschaftliche Rat ist Beratungsorgan des Rektors in allen wissenschaftlichen Fragen. Seine Mitglieder sind Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten. Das Verhältnis, in dem diese Gruppen vertreten sind, ist nicht festgelegt. Die Hochschulleitungen von SED, FDJ und FDGB entsenden je einen Vertreter. Die übrigen Mitglieder werden in den Sektionsversammlungen (ist gleich Fachbereiche) gewählt. Der Rektor bestimmt die Zahl der von jeder Sektion zu wählenden Mitglieder. Die Sektionsdirektoren schlagen die zu wählenden Wissenschaftler, die FDJ-Leitungen die zu wählenden Studenten vor. Auch hier läßt der Wahlmodus keine wirkliche Auswahl zu. Fakultäten und Institute sind in der DDR aufgelöst. An ihre Stelle treten die Sektionen, was etwa einer Gliederung in Fachbereiche entspricht. Die Sektion wird von einem Direktor sowie Stellvertretern für Lehre und Forschung geleitet. Diese Positionen werden wiederum vom Rektor besetzt.

Das „einheitliche Bildungssystem“ des Sozialismus ist lückenlos. Ist es das, was viele Reformen auch bei uns anstreben?

KONSTANZE VON LILIEN-WALDAU

UNI-TEST

TU CLAUSTHAL

STADT: Entstanden im Mittelalter durch die Blütezeit des Blei- und Zinkbergbaus. 1930 wurde die letzte Zeche im Stadtgebiet stillgelegt, jedoch blieben die montanistischen Institutionen wie Bergakademie (heute Technische Universität), Bergschule, Oberbergamt und Bergbauberufsgenossenschaft erhalten. Nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte sich die Stadt zum Kurort, sowie zur Hochschule. Behörden- und Garnisonsstadt. 1974 durch Eingemeindungen 21 000 Einwohner. Sehenswürdigkeiten wie Bergbaumuseum und Mineraliensammlung. Zentrale Lage im Oberharz. 100 km bis Hannover (25 bis BAB Hannover-Kassel), 70 km bis Braunschweig, 55 km bis Göttingen. Bahnanschluss.

UNIVERSITÄT: Die heutige Technische Universität wurde 1775, während der größten Prosperität des Harzer Erzbergbaus als Bergakademie gegründet; zunächst nur zur Ausbildung von Dipl.-Berg- und Hütteningenieuren. 1920 erhielt die Bergakademie das Promotionsrecht. Neben den Fachrichtungen des Bergbaus, Hüttenwesens und der Geowissenschaften wurden nach dem zweiten Weltkrieg die Vollstudien Chemie, Physik, Mathematik sowie das Studium für das Lehramt an höheren Schulen dieser drei Fächer eingeführt. Nach Einführung des Studiums Maschinenbau

im Jahre 1966 wurde die Bergakademie in Technische Universität umbenannt.

Die TU Clausthal beherbergt die größte Mineraliensammlung Europas.

Neben den Instituten im Bereich des Hauptgebäudes (Stadtmitte) ist ein Neubaukomplex im Südosten der Stadt mit Studentenwohnheimen entstanden, jedoch sind alle Institute sehr günstig zu Fuß untereinander zu erreichen.

IM WS 1973/74 etwa 2300 Studierende, davon etwa 25 Prozent Ausländer.

STUDIENBEDINGUNGEN: Bis auf Chemie (hier werden die Bewerber über die Zentralstelle in Dortmund zugelassen) gibt es für sämtliche Studienrichtungen keine Zulassungsbeschränkungen. Sehr günstiges Zahlenverhältnis von Lehrenden zu Lernenden, auf einen Hochschullehrer kommen 20 Studenten (kein Massenbetrieb!).

WOHNUNGSSITUATION: 5 Wohnheime des Studentenwerks (weitere sind im Bau). Daneben Heime der ESG und KSG. Vermittlung von Privatimmern durch Studentenwerk und Zeitung.

Die Mieten liegen zwischen 60 DM (Verbindungshäuser) und 160 DM (Neubau privat). Durchschnitt bei etwa 100 DM. Das Zimmerangebot ist in Clausthal-Zellerfeld selbst weitgehend erschöpft, so daß ein Ausweichen auf Orte in der Umgebung nötig wird.

FREIZEITWERT: Einmal im Monat Theateraufführung in der Stadthalle (sehr

zu empfehlen), Konzerte in der Aula der TU; Kinoprogramm unterschiedlich; wenig Diskotheken und Studentenkneipen (deshalb geht das Wort: „Clausthals Nachtleben findet in Bad Harzburg statt“ — 25 km entfernt). Die Sportanlagen der TU umfassen: Sportplatz, Sporthalle, Schwimmhalle, Tennisplätze, Bootshaus am Okerstausee (Rudern und Segeln) und die Skihütte auf dem Sonnenberg.

STUDIEN- UND LEBENSHALTUNGS-KOSTEN: Pro Semester sind 55 DM für Sozialgebühren und ASTA-Beitrag zu zahlen. Mit dem BaFöG-Höchstförderungsatz von 420 DM ist nicht mehr auszukommen; Mensa: 4 Essen zu 1 DM (Eintopf), 1,40 DM (Stammessen), 2 DM (Kartessen) und 2,50 DM (Kartessen). Abfertigung relativ schnell.

POLITISCHE SITUATION: Bis zu den Studentenratswahlen am Ende des Sommersemesters setzt sich der ASTA aus Sozialistischem Hochschulbund (SHB), Kommunistischem Studentenbund (KSB) und Wahlgemeinschaft „Unabhängiger“ Studenten (WUS = U-Boot-Fraktion des SHB) zusammen. Sitzverteilung im Studentenrat: SHB 7, KSB 3, WUS 2, Deutsche Studenten Union/Sozialliberaler Hochschulverband (DSU/SLH) 8 Sitze. (Der RCDS existiert erst seit WS 73/74). Zu den bereits genannten Gruppen kommen noch hinzu: MSB Spartakus, Jungsozialisten und Liberale.

STUDENTISCHE VEREINIGUNGEN: Verbindungen aller Art (Burschenschaften, Landsmannschaften, Corps, CV). Katholische Studentengemeinde (KSG), Evangelische Studentengemeinde (mit linksextremer Schlagseite) sowie Gemeinschaften der ausländischen Studenten.

INFORMATIONEN: ALB Germania, 3392 Clausthal-Zellerfeld 1, Bauhofstraße 13; Immatrikulationsamt der TU Clausthal, 3392 Clausthal-Zellerfeld-1, Adolf-Römer-Str. 2 a.

Sterben für Angola?

Die portugiesische Herrschaft im südlichen Afrika ruht nicht auf Bajonetten

Europas letztes und ältestes Kolonialreich steht vor seiner schwersten Krise. Nicht schon in diesem Sommer, aber in zwei, drei Jahren vielleicht wird Portugals rot-grüne Flagge in Luanda und Lourenco Marques eingeholt werden. Das kühne Seefahrervolk am westlichsten Zipfel Europas ist — nach einem halben Jahrtausend Herrschaft in Übersee — der afrikanischen Bürde müde geworden. Gegen die öffentliche Meinung des Westens und die Waffen des Ostblocks in den Händen schwarzer Guerilleros sind Angola und Mozambique nur schwer zu halten. Dies jedenfalls glaubt die Mehrheit der neun Millionen Portugiesen im Mutterland, seit die April-Unruhen den General Spínola an die Macht gebracht haben.

Hat die gerechte Sache, hat das Selbstbestimmungsrecht gesiegt? Wird es jetzt Frieden in Afrika? Darf sich der Westen über die Niederlage einer europäischen Nation freuen?

So einfach liegen die Dinge nicht — weder moralisch noch machtpolitisch. Ich habe Angola und Mozambique in diesem Frühjahr fünf Wochen lang bereist und dort keine Bestätigung für die gängigen Simplifizierungen gefunden. Es ist nicht so, daß die portugiesische Präsenz in Afrika über jedes historische Recht und ohne Legitimität wäre. Keine Industrienation gibt einen auch nur annähernd so hohen Anteil ihres Sozialprodukts für die Entwicklungshilfe aus wie Portugal. Und in keinem Land der Dritten Welt wird Entwicklungshilfe so erfolgreich, psychologisch so einfühlend, mit so großer Erfahrung betrieben wie in Angola und Mozambique. Und in keinem Staat Afrikas leben Afrikaner und Europäer harmonischer zusammen als in portugiesischen Besitzungen. Dort ist weder der schwarze noch der weiße Rassismus zur Staatsdoktrin erhoben.

Es ist nicht wahr, daß die portugiesische Herrschaft auf Bajonetten ruht. In über neunzig Prozent des angolanischen Territoriums lebt man sicherer als in mancher europäischen Großstadt. Und in den Landesteilen, wo die Guerillaorganisationen aktiv sind, verläuft die Trennungslinie nicht etwa zwischen Schwarz und Weiß. Über die Hälfte der 150 000 Regierungssoldaten in Angola, Mozambique und Guinea-Bissau sind Afrikaner — die ausschließlich schwarzen Milizen nicht eingerechnet.

Als ich im April durch das Guerillagebiet bei Carmona in Nordangola fuhr, wurde eine Gruppe schwarzer Ländarbeiter, die abends von der Arbeit nach Hause fuhren, von Terroristen überfallen und mit der

Machete zerstückelt. Ich bin stundenlang durch den Dschungel von Cabinda gefahren, die Dörfer waren alle von den Portugiesen bewaffnet worden, und der einzige Weiße weit und breit war der portugiesische Bataillonskommandeur, der mich mit seinem Jeep chauffierte. Er trug keine Waffen, und er fühlte sich sicher, wohin er auch ging. So sieht Herrschaft durch Unterdrückung nicht aus.

Selbst in Mozambique, wo die militärische Lage weit ungünstiger als in Angola ist und wo die Frelimo auf Sympathien bei den Grenzstämmen rechnen kann, haben die Portugiesen die Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung auf ihrer Seite. Zum Beispiel hat die Frelimo im Stammesgebiet der Macuas und Lomues — sie machen über die Hälfte der acht Millionen afrikanischen Einwohner von Mozambique aus — nicht Fuß fassen können. Bevor die Portugiesen ins Land kamen, waren die Macuas Sklaven der Makonde. Die Makonde stellen heute den Kern der Frelimo, und so haben die Macuas von einem Sieg der Frelimo wenig zu erhoffen.

Wer sich mit Propagandaklischees nicht zufrieden gibt, der muß auch die politischen Folgen eines portugiesischen Rückzuges abzuwägen versuchen.

Mit Sicherheit würde das labile Gleichgewicht zwischen weiß- und schwarzafrikanischen Staaten heiderseits des Sambesi zerstört. Die 650 000 weißen Siedler in Angola und Mozambique werden sich nicht willenlos in das Schicksal der Vertreibung fügen. Sie werden um ihre Heimat kämpfen. Und sie rechnen dabei auf die Hilfe Rhodesiens und Südafrikas. Denn wenn Angola und Mozambique fallen — so besagt die afrikanische Domino-Theorie —, dann ist Rhodesien nicht zu halten, und wenn Rhodesien verlorengeht, hat Südafrika den Guerillakrieg im eigenen Land — Südafrika mit seinen reichen, für den

Westen unverzichtbaren Rohstoffreserven, mit seiner strategisch beherrschenden Lage zwischen Indischem und Atlantischem Ozean.

Bisher waren die Kampfhandlungen in portugiesisch Afrika beschränkt, die Kosten überschaubar, die Verluste vergleichsweise klein: Der Krieg kostete Lissabon etwa 800 Millionen Mark im Jahr. In 13 Jahren fielen etwa 6000 Soldaten. Die Zahl der Gefallenen ging in Angola seit 1968 ständig zurück. Im vergangenen Jahr waren es 81.

Jetzt aber scheint die Eskalation vom Guerillakrieg zum konventionellen Konflikt vorgezeichnet: Nach einem Abzug Lissabons ist damit zu rechnen, daß sich die weißen Siedler nach dem Beispiel Rhodesiens für unabhängig erklären. Da aber ein lang hingezogener Guerillakrieg ihre Kräfte überfordert, werden sie mit der Hilfe Südafrikas und Rhodesiens einen Vernichtungsschlag gegen die Guerillabasen in Tansania und Sambia führen wollen. Weil dies aber sogleich die Sowjetunion und die Volksrepublik China auf den Plan rufen würde, sähen sich auch die USA gezwun-



Jubelnde portugiesische Soldaten – wei lange noch?

gen, sich wie zuvor in Vietnam und im Nahen Osten politisch oder militärisch zu engagieren — falls sie den afrikanischen Kontrolle geraten lassen wollen. Immer engagieren — falls sie den afrikanischen Subkontinent nicht unter kommunistische dann, wenn Machtpositionen geschwächt werden, wenn Gleichgewichtszustände ins Wanken geraten, entstehen neue Krisenzentren der Weltpolitik.

Die Vereinfacher, die im Westen am Werk sind, haben sich zu früh gefreut. Mit einem portugiesischen Rückzug allein ist nichts

gelöst, nichts gewonnen. Der Guerillakrieg wäre nicht zu Ende, er würde sich erst richtig ausweiten. Nicht eine neue Friedensordnung wäre geschaffen, sondern ein Vakuum, in das sogleich andere Kräfte einströmen würden.

Die Geschichte geht oft seltsame Wege. Als die Franzosen 1954 unter dem Beifall der Weltöffentlichkeit aus Indochina abzogen, schien ein Krieg zu Ende. Niemand ahnte, daß dies nur der Auftakt zu einem größeren, verlustreicheren Krieg sein würde. Wiederholt sich Vietnam in Afrika?

Eine Alternative zur antiquierten Linken

Herders TB-Reihe „Gelbe Serie“ mit Themen zur aktuellen politischen Diskussion

Es ist schwierig, einen einmal erworbenen Ruf wieder loszuwerden. Das zeigt sich besonders deutlich am Freiburger Großverlagshaus Herder, das noch immer unter den Spätwirkungen des Kulturkampfes zu leiden hat und unter vielen Angehörigen des laizistischen gebildeten Mittelstandes seit je als ein Hort des ultramontanen Klerikalismus gilt. Dieser Ruf mag einst nicht ohne entsprechenden Anlaß erworben worden sein, aber im Jahre 1974 ist es einfach grotesk, in diesem Fall die Meinung der liberalen Vorfahren vom Ende des letzten Jahrhunderts ungeprüft zu übernehmen. Auf diese Weise bringt man sich nämlich um die Bekanntschaft mit einem der interessantesten deutschsprachigen Verlagsprogramme, zu dem auch die bemerkenswerten Taschenbuchreihe der „Herderbücherei“ gehört, die allein schon einen Streifzug wert ist.

Als die APO an Bedeutung gewann, gründete der Rowohlt-Taschenbuchverlag eine eigene Reihe für politische Pamphlete, die als „rororo-aktuell“ auch heute noch leidlich floriert. Die anderen großen Taschenbuchverlage versuchten es bald darauf mit ähnlichen Reihen, die jedoch fast alle relativ unbeachtet blieben, läßt man einmal den pamphletistischen Gesamtcharakter einiger Taschenbuchreihen außer Betracht. Erst relativ spät, dafür aber mit um so größerem Erfolg, reihte sich die Herderbücherei mit ihrer „Gelben Serie“ in die Tendenz ein, zeitbezogene politische Diskussionsbeiträge in Taschenbuchform zu verlegen. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Gegenüberstellung von „rororo-aktuell“ und der „Gelben Serie“ nicht ganz glücklich ist. Denn man täte der „Gelben Serie“ Unrecht, wenn man nun von ihr erwartete, daß sie nur eine Art „rororo-aktuell“ unter umgekehrten (rechten statt linken) Vorzeichen sein will. Die „Gelbe Reihe“ bietet zwar bewußt ein Kontrastprogramm, das jedoch gerade darin besteht, keine schlampig zusammengetragenen Streitschriften zu Tagesfragen von mehr oder minder großer Bedeutung zu veröffentlichen. Im übrigen dürfte es einige Mühe bereiten, das Programm der „Gelben Reihe“ wie der Herderbücherei auf ein einfaches politisches Schema festzulegen. Es „rechts“ zu nennen, hieße, mit diesem politischen Etikett sehr fahrlässig umzugehen.

Entsprechend den Prioritäten der letzten Jahre befassen sich einige Bände der „Gelben Reihe“ mit Problemen der Bildungspolitik. Hans Bauer, Studiendirektor in Mainz, schrieb den Band „Das Ende des deutschen Gymnasiums“ (Herderbücherei Nr. 440, 143 Seiten, 3,90 DM), in dem mit der nötigen Klarheit und mit erschörender Deutlichkeit mit den „Ungereimtheiten der bundesdeutschen Bildungspolitik“ abgerechnet wird. Bauer zieht mit praktischem Sachverstand die einzig möglichen Schlußfolgerungen aus der augenblicklich total verfahrenen Situation. Doch weil derartiges für diejenigen, die liebegeordnete Wunschträume aufgeben müssen, immer mit Schmerzen verbunden ist, wurde Bauers Buch auch gleich von führenden linksliberalen Presseorganen auf den Index der Bücher gesetzt, die für progressive Menschen unzumutbar sind. Doch das ist

in Wirklichkeit die beste aller möglichen Empfehlungen, die auch Ludwig Kroeber-Keneth (Zuviel Akademiker?) zuteil wurde, der aus der Sicht eines Nonkonformisten und Praktikers wohl die einzigen Vorschläge zur Hochschulreform machte, die die alten und neuen Probleme in angemessener Zeit bewältigen kann, die von der vielberedeten Hochschulpolitik der letzten Jahre nicht bewältigt bzw. erst neu geschaffen wurden (Nr. 448, 141 Seiten, 3,90 DM). Einen gewichtigen Beitrag zur eben erst zwischen den politischen Fronten entbrannten Auseinandersetzung um die bisher völlig vernachlässigte berufliche Bildung liefert Theodor Dams (Berufliche Bildung — Reform in der Sackgasse), der hervorragend die Tendenz der „Gelben Serie“ vertritt, sachliche Lösungsvorschläge jenseits der herkömmlichen, parteipolitisch fixierten Strickmuster (gegenseitige Verdammung der Vorschläge als Revolution oder Reaktion) anzubieten (Nr. 473, 176 Seiten, 4,90 DM). Eine gelungene Krönung des bildungspolitischen Programms der Herderbücherei bildet schließlich der Band „Hochschulreform und Gegenüberklärung“ von Hermann Lübbe (Nr. 418, 160 Seiten, 4,90 DM), dessen sehr konzentrierte Überlegungen eine wichtige Argumentationshilfe in Fragen der Hochschul- und Bildungspolitik liefern.

Der Freiburger Politologe Wilhelm Hennis war einer der ersten, der die ganze Tragweite des wieder einmal neu in die politische Auseinandersetzung eingeführten Begriffs „Demokratisierung“ erkannte. Seine in diesem Zusammenhang angestellten Analysen dieses wirksamen politischen Schlagworts liegen gesammelt vor (Die mißverständene Demokratie); eine unschätzbare Erleichterung für den, der einsieht, daß eine eingehende Auseinandersetzung mit der Problematik der Begriffs „Demokratisierung“ eine politische Lebensnotwendigkeit ist (Nr. 460, 176 Seiten, 4,90 DM). Wer keinen Wert darauf legt, bei Diskussionen mit politischen Gegnern einen hilflosen Eindruck zu machen, wird für das von Walter Eberle und Winfried Schlafke verfaßte Nachschlagewerk „Gesellschaftskritik von A bis Z“ (Nr. 450, 192 Seiten, 4,90 DM) dankbar sein, das die wesentlichen systemkritischen Schlagworte ebenso enthält wie die Widerlegung der dafür vorgebrachten Argumente. Und das alles in musterergültiger Übersichtlichkeit.

Unentbehrlich für das Verständnis der Gegenwart sind die beiden Sonderdrucke aus der vergleichenden Enzyklopädie „Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft“, die in der „Gelben Serie“ vorliegen: C. D. Kernig (Hrsg.), Person und Revolution: Marx-Lenin-Mao (Nr. 425, 172 Seiten, 3,90 DM) und Theodor Schieder (Hrsg.), Revolution und Gesellschaft (Nr. 462, 190 Seiten, 4,90 DM). Darstellung und Analyse der verschiedenen Lehrsysteme bzw. des Revolutionsbegriffes lassen beide Bände konkurrenzlos erscheinen.

Anregend und glanzvoll ist der gewichtige Band „Die Macht der Dummheit“ von Eugen Gürster (Nr. 482, 284 Seiten, 5,90 DM). Der bedeutendste Autor der Herderbücherei ist ganz zweifellos der Mainzer Soziologe Helmut Schoeck, seit jeher ein enga-

giert Nonkonformist, auf dessen Schreibweise zum Glück die Charakterisierung „Soziologendeutsch“ nicht anwendbar ist. Bereits eingangs wurde angedeutet, daß die „Gelbe Serie“ der Herderbücherei sorgfältig geschriebene und geistig gewichtige, doch lesbare Bände umfaßt. Diese Feststellung gilt für alle Bände dieser Reihe, sie würde jedoch als Urteil bereits gerechtfertigt sein, beschränkte sich das Verdienst der „Gelben Serie“ allein darauf, Helmut Schoecks „Der Neid und die Gesellschaft“ als Taschenbuch publiziert zu haben (Nr. 395, 318 Seiten, 7,90 DM). Dieses grundlegende Buch zur Gesellschaftstheorie ist noch immer, acht Jahre nach der Erstveröffentlichung, ein geradezu revolutionärer Beitrag zum Denken der Gegenwart. Nachdem inzwischen viele der kurzlebigen Idole der letzten acht Jahre am Ende ihrer Wirksamkeit angelangt sind, darf man zuversichtlich sein, daß eine der wesentlichen Veröffentlichungen der Nachkriegszeit nun auch Leser außerhalb des Kreises der bisher Eingeweihten finden kann.

Von Helmut Schoeck erschienen ferner 15 aktuelle und zeitlose Essays unter dem Ti-

CRITICON

Konservative Zeitschrift

Nr. 22: Jugend und Konservatismus von Jörg Bremer.

Weitere Beiträge von H. Kremp, H. Drimmel, B. Haggman, E. v. Kuehnelt-Leddihn, R. Kramer-Badoni, A. Mohler, H. J. Maitre, Th. Molnar, J. Schoeps, H. D. Sander, E. v. Lowenstern.

BUCHERWELT

Kostenlose Postnummern über 813 Starnberg, Postfach 1624

tel „Die Lust am schlechten Gewissen“ (Nr. 464, 160 Seiten, 3,90 DM) sowie soeben eine „Geschichte der Soziologie“ (Nr. 475, 381 Seiten, 8,90 DM), ein nützliches Kompendium für alle Interessierten (außerhalb der „Gelben Serie“).

Nicht in der „Gelben Serie“, ihr aber in der Grundhaltung zugehörig liegen noch drei Bände der Herderbücherei vor, die sich jenseits materialistischer Prämissen und der Lösungsvorschläge eines technokratischen Pragmatismus mit dem akuten Problem der Innen- und Umweltverschmutzung (auch der geistigen Umweltverschmutzung) befassen. Um diese Bände zu empfehlen, genügte allein schon die Nennung der Autorennamen: Christa Meves, Manipulierte Maßlosigkeit (Nr. 401, 140 Seiten, 3,90 DM); Joachim Illies, Für eine Menschenwürdige Zukunft (Nr. 432, 124 Seiten, 3,90 DM) und vom selben Autor „Umwelt und Innenwelt“ (Nr. 487, 125 Seiten, 3,90 DM).

Seit die Herderbücherei 1971 ihr Programm straffte und die äußere Gestalt ihrer Bände angenehm modernisierte, hat sich der Taschenbuchumsatz des Hauses Herder verdreifacht. Diese Tendenz und die hier geschilderten Grundzüge der Herderbücherei genügen für die Annahme, daß die Tage des zu Beginn geschilderten Vorurteils gezählt sind. D. P.



Ihr erster Zug. Mit uns.

Wer nach dem Examen in der modernen Berufswelt seine Chance ergreifen will, braucht Übersicht. Unsere Information macht Ihnen den differenzierten Arbeitsmarkt transparent. Berufserfahrene Fachleute bieten Ihnen individuelle Entscheidungshilfen. Wir wollen eine optimale Übereinstimmung zwischen Ihren Wünschen und den Möglichkeiten des Arbeitsmarktes. Deshalb schaffen wir Kontakte, sprechen Arbeitgeber an, unmittelbar und über Veröffentlichungen in unserem Bewerberanzeiger „Markt + Chance“. Sie finden bei uns ein vielfältiges Stellenangebot.

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung
Frankfurt/M. 1, Feuerbachstraße 42

Landesstellen für Arbeitsvermittlung
Hamburg 1, Kurt-Schumacher-Allee 16
Hannover, Altenbekener Damm 82
Düsseldorf, Josef-Gockeln-Straße 7
Frankfurt/M. 1, Feuerbachstraße 44
Stuttgart 1, Dillmannstraße 7b
Nürnberg, Regensburger Straße 100
München 2, Lindwurmstraße 117

Arbeitsamt IV Berlin (West)
Berlin, Charlottenstraße 90-94
und
alle Arbeitsämter im Bundesgebiet

immer gut beraten



Bundesanstalt für Arbeit

WERNER WOLF

Neue Prioritäten in der Politik

Die ökologische Krise bedarf der Zusammenarbeit aller

„Lebensqualität“ ist das Schlagwort dieser Jahre für neue Prioritäten in der Politik. Dabei ist der Streit müßig, wer diesen Begriff aufgebracht und richtiger- oder fälschlicherweise gebraucht hat. Was zählt, ist die in der Luft liegende neue Dimension politischer Notwendigkeiten. Es ist dies die einfache Einsicht, daß die Eroberung der Welt durch den Menschen in Zukunft planmäßiger und rationeller als bisher vor sich gehen muß, andernfalls der Lebensstandard des einzelnen Menschen und der Menschheit insgesamt auf dem Spiel steht.

Insofern ist „Lebensqualität“ zunächst eine Dimension der Abwehr, der Furcht. Abgewehrt werden Mißstände, die die industrielle Revolution unabhängig von politischen Ordnungsformen mit sich gebracht hat: Umweltverschmutzung, Priorität des materiellen Gewinns, Hetze im täglichen Leben, Überganglose Trennung zwischen Arbeits- und Privatwelt, Verhaustierung des Menschen in Wohnsilos, Verbürokratisierung des täglichen Lebens usw. Die Addition all dieser Dinge — Übervölkerung, Energiemangel, psychische Vereinsamung — bedroht die Existenz der Menschheit insgesamt.

Die Forderung nach „Lebensqualität“ ist daher eine Flucht nach vorne, ausgelöst von konservativen Gefühlen. Viele Menschen, die heute im Ballungsgebiet bei materiellem Wohlstand im Grund menschenunwürdig arbeiten und wohnen, sehnen sich im stillen nach einem „ins Morgenlicht getauchten Bauernhof, an Wald, Wiese und Bach“. Allerdings ist diese Sehnsucht eine Art sinnlicher Schnappschuß ohne Dauerwert, das angenehme Gefühl einer Stunde auf der Veranda oder einer Sekunde Wasserschöpfens am Quell. Denn dieser imaginäre Bauernhof müßte nach dem Willen dieser Sehnsüchtigen zumindest vollautomatisch funktionieren, um dem verstädterten Menschen auf Dauer Wohlgefallen abzulocken.

Alles Streben nach neuerlichem „vorindustriellem Glück“ — für Kleinstgruppen wie Hippies vielleicht erreichbar —, ist daher für die Bevölkerung insgesamt gegenstandslos. Aufgabe der Politik ist es, das Leben in der industriellen Welt hier und heute besser als bisher dem Menschen anzupassen. Dazu ist vordergründig die Durchsetzung neuer Technologien notwendig. Denn es gibt zumindest in der westlichen Welt kaum unlösbare technologische Probleme. Unlösbar allerdings ist z. Z. die Frage des Überwindens lieb gewordener Gewohnheiten. Die notwendige Umstrukturierung der Wirtschaft und des öffentlichen Ausgabenwesens auf die neuen Bedürfnisse hätte sicherlich enorme Umstellungsschwierigkeiten und Umstellungskrisen zur Folge. Zur Zeit ist keine unserer Parteien bereit, hierzu außer Sonntagsreden etwas auf den Tisch zu legen. Im Gegenteil wird versucht, der Krisenerei-

nungen durch Investitionen in den herkömmlichen Bereichen gerecht zu werden. Gerade diese Investitionen aber werden in absehbarer Zukunft die gesamte ökologische Krise verstärken. Es besteht kein Zweifel mehr, daß die beiden Faktoren Energieverschwendung und Umweltbelastung zum Ende der jetzigen Epoche der Menschheit führen können, falls es nicht gelingt, rechtzeitig und richtig gegenzusteuern.

Wenn genügend Geld, anderen Bereichen abgezackt, in entsprechende Forschung und Durchführung gesteckt und die entsprechenden Gesetze erlassen würden, wären folgende politische Aufgaben mittelfristig durchsetzbar: Ablösung bisheriger Produktionsweisen durch umweltfreundliche und energiesparende, vollständige Überwachung und weitgehende Weiterverwendung des Müll- und Abwasseranfalls, rohstoffsparende bzw. sogar außerrohhstoffliche Energiegewinnung, Zusammenlegung von Arbeits- und Wohnstätten wenigstens bei neuen Projekten, Bau neuer, menschen-

Steuerreform a la Bonn

Die Steuerreform wurde in der Euphoriephase der ersten Zeit der sozialliberalen Koalition vom damaligen Finanzminister Alex Möller als Jahrhundertwerk gepriesen. Dem zweiten Finanzminister dieser Linkskoalition, Superminister Karl Schiller, trabte die Steuerreform wegen der wachsenden Inflation davon. Der dritte Finanzminister, Helmut Schmidt, unter dem die Inflation inzwischen in den Galopp gefallen war, schnürte das Steuerreformpaket auf und ließ einige Reformrücken herauspuzeln. Hans Apel, nunmehr der vierte Finanzminister innerhalb von fünf Jahren, wird keine andere Wahl mehr haben als einzugestehen, daß die sogenannte Steuerreform nichts anderes darstellt als Steuererhöhungen.

Zu welchen Bonmots es die Bonner Steuerreformer gebracht haben, zeigt die „Reform“ der Leuchtmittelsteuer. Anstatt diese Bagatelsteuer mit einem Jahresaufkommen von 115 Millionen DM (1973), das

Sozial-liberales Design

STUDENT/Heidemann

freundlicher Städte, Verdünnung der Ballungsgebiete, leistungsfähige Nahschnellverkehrsbahnen, Elektro-Auto, saubere Flüsse und was ähnliche Kleinigkeiten (im Vergleich zu den technologischen, nicht im Vergleich zu den finanziellen Möglichkeiten) mehr sind.

Sieht man sich diese beispielhafte Liste an, so wird einem sofort klar: Die Bewältigung dieser Aufgaben erfordert eine Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft, wie sie bisher unbekannt ist. Die öffentliche Hand ist ohne volle inhaltliche Mitarbeit der Wirtschaft hierzu nicht in der Lage. Andererseits scheidet jegliche Form der zentralen Planwirtschaft oder der syndikalistischen Wirtschaftsorganisation als ungeeignet aus. Die Zukunft erfordert von der Wirtschaft höchste Produktivität, höchste Wandlungsbereitschaft und höchste Kreativität, was insgesamt durch alle Bereiche durchgehend nur eine marktwirt-

schaftliche Ordnung leisten kann. Natürlich wird die neue Richtung der industriellen Produktion vom Staat initiiert werden müssen. Der Staat muß klare öffentliche Programme ausarbeiten, eindeutige Prioritäten setzen. Seine künftige Strukturpolitik darf nicht mit der Gießkanne einbergehen, sondern muß durch Einsatz öffentlicher Mittel schmerzliche Prozesse der Umorientierung der Produktionskraft durchsetzen. Vor allem aber ist politische Glaubwürdigkeit vonnöten. Der Staat, die Politik muß das Volk insgesamt und die Industriebosse ganz besonders von der Notwendigkeit und der Rentabilität (!) dieser neuen Zielsetzung „Qualität des Lebens“ überzeugen. Diese Überzeugungskraft kann in unserem System nicht von antimarktwirtschaftlichen Sozialisten aufgebracht werden. Die Probleme unserer Zeit müssen mit der Industrie, nicht gegen sie gelöst werden, wobei nichts darüber gesagt wird, an wie langen

wurde in eine Wertsteuer umgewandelt. Damit kletterte das Steueraufkommen aufgrund der steigenden Preise.

Nun sollte man meinen, die anachronistische Leuchtmittelsteuer würde unter linksliberalen Steuerdenkern ein Ende finden. Geschweige, sie wird reformiert. Bonns Parole: Zurück zur 1909er Stücksteuer. Reformen drehen sich eben manchmal im Kreise.

Der sozialen Gerechtigkeit willen findet der Progressionssteuersatz nunmehr auch Eingang bei der Leuchtmittelsteuer. Eine 100-Watt-Birne soll mit 13 Pfennig Steuer, eine 200-Watt-Birne aber nicht mit dem doppelten Betrag belegt werden — wo bliebe dann die soziale Gerechtigkeit? Wer sich eine 200-Watt-Birne leisten kann, zählt zu den Reichen und hat 30 Pfennig zu entrichten. Merke: Reich ist, wer sich statt zwei 100-Watt-Birnen eine 200-Watt-Birne kauft.

oder kurzem Zügel die Industrie zu führen ist.

Wenn der Staat solche klare Prioritäten setzt, wird es möglich sein, für die Wirtschaft neue Tätigkeitsbereiche zu erschließen. Wissenschaftler, Techniker, Manager, die heute noch in ganz anderen Bereichen arbeiten, werden, wenn ihnen hier genügend Arbeit geboten wird, bereit sein, ihre Kreativität für Stadtplanung, Verkehrsplanung, Umweltschutz, Durchsetzung umwelt- und energiefreundlicher Technologien usw. einzusetzen. Wenn der Staat entsprechende Aufträge vergibt, wird sich die Großindustrie ohne weiteres auf diese neuen Bedürfnisse einstellen. Stattdessen erweitert der Staat in diesen Jahren das Heer seiner weit weniger produktiven Angestellten und Beamten in einer Weise, daß für Investitionen immer weniger Raum bleibt. Auch ohne Erhöhung könnten die Steuern wesentlich produktiver eingesetzt werden. Dem westlichen Staat, dem als erstem der Aufbau dieses neuen Produktionszweiges „Sozialtechnik“ gelingt, erwachsen schließlich ungeahnte Exportchancen.

Warum aber gibt es in der westlichen Welt hierfür kaum Ansätze, wenn man von der für den einzelnen Menschen z. Zt. jedenfalls unnützen Weltraumfahrt in Amerika absieht? Die Antwort ist: Der westliche Staat ist so schwach geworden, daß er Prioritäten in großem Umfang nicht mehr ohne Einverständnis der mächtigsten Inter-

buchdruck
offsetdruck
rotationsdruck

fränkische
gesellschaftsdruckerei gmbh

87 würzburg
juliuspromenade 64
ruf (0931) 5 02 58
telex 68 862

essengruppen setzen kann. Der Staat produziert nicht mehr die neuen großen politischen Ideen. Die Gruppen- und Interessendemokratie hat den Staatsmann und die Zukunftsplanung an die Kette klebrigen Taktierens gelegt. Der Ruf nach einer neuen Qualität der Politik wäre daher der erste Schritt zu einer neuen Qualität des Lebens. Weil aber einzelne Gruppen in unserer Gesellschaft zu Lasten des Staates immer stärker werden, wird das Durchsetzen des Allgemeininteresses immer mühsamer werden. Die Zukunft der westlichen Demokratie hängt auch von der Überwindung dieser Entwicklung ab. Die öffentliche Meinung darf den Staat nicht als angenehme Clearing-Stelle der Teilinteressen verstehen, sondern als planende Kraft, die die einzelnen Interessen auf künftige Notwendigkeiten zuschneidet.

CHLESE ■ NACHLESE ■ NACHLESE ■ NACHLESE ■ NACHLESE ■ NACHLESE ■ NACHL

Selbstkritik

Frankfurt a. M. Fritz J. Raddatz, einer der Erzväter der Neuen Linken, der ehemals beim Rowohlt-Verlag für die Koordinierung von Revolution und Verlagsgeschäft verantwortlich gewesen war, schlug sich in einer Rezension von Solschenizyns „Offenem Brief an die sowjetische Führung“ (FAZ vom 4. Mai 1974) mit leichter Reue an die Brust: „Kleinlaut und geradezu verzagt: mir scheint, ein solcher Protestruf hat Anlaß zu sein, eigene Positionen zu überprüfen. Zu fragen ist, ob Intoleranz und die Versuchung, Menschen zu verbiegen, ihnen ihre Glücksverheißung vorzuschreiben, tatsächlich bloße „Pannen“ in der Geschichte des Sozialismus oder ob es ingrediente Bestandteile eines Kategoriensystems sind. Solschenizyns großer Aufruf aber gegen die Lüge birgt jene Humanitas, die wohl kaum ein Autor der Gegenwart so exemplarisch formuliert, ja lebt. Man fragt sich, ob man es sich nicht selber zu leicht macht, oft: Protest gegen die Haftisolation von Ulrike Meinhof: „Aber möglich im tieferen Sinne ist das, bezieht sein Recht und seine Glaubwürdigkeit nur, wenn die Augen nicht vor dem Krebs verschlossen werden, der die Energie einer Gesellschaft aufrußt, die den neuen Menschen verhielt.“

Entspannungspolitik

Moskau. (FKD) Das sowjetische Verteidigungsministerium hat eine Studie veröffentlicht, welche den Anspruch auf sowjetische Mitwirkung bei den fundamentalen Transformationen im Westen deutlich macht. Der Autor, Armeegeneral Malzew, geht

davon aus, daß „der Klassenkampf zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System weitergeführt wird“. Es könne bei den unvereinbaren und diametral entgegengesetzten Zielsetzungen auch gar nicht anders sein. Malzew spricht hier nun vom sowjetischen Bemühen, den „historisch unvermeidlichen Kampf“ auf eine Art und Weise durchzuführen, die nicht zum Kriege führe. Diese Formulierung schließt freilich die Aussage ein, daß der Kampf auch dann weitergeführt werden muß, wenn es nicht gelingt, den Krieg zu vermeiden.

Der Autor betont, daß der Kampf zur Errichtung eines weltweiten sozialistisch-kommunistischen Systems allumfassend vorge-
tragen werden müsse, einschließlich eng
verzahnter politischer, wirtschaftlicher,
ideologischer „und zweifelsohne militäri-
scher“ Aktivitäten.

Von alarmierender Wichtigkeit ist die Aussage, daß eine Transformation in der falschen Richtung als Aggression zu behandeln sei. Malzew schreibt, jeder westliche

Versuch, eine „progressive“ Transformation innerhalb eines westlichen Landes zu unterdrücken, habe als „Aggression gegen Sozialismus und Kommunismus“ verstanden zu werden. Ob und wieweit sich die Sowjetunion im Falle beispielsweise eines mißliebigen Regierungswechsels im Westen „zur Verteidigung von Sozialismus und Kommunismus“ aufgerufen fühlt, hängt nur noch von der Machtkonstellation und vom sowjetischen Ermessen ab, denn diese „Verteidigung“ wird als Pflicht der Sowjetstreikräfte hingestellt.

Malzew nennt offen die zwei wichtigsten taktischen Ziele der sowjetischen Außenpolitik, die der Sowjetarmee den Boden zu bereiten hat:

„1. Kampf um günstige außenpolitische Bedingungen zum Aufbau und Ausbau von Sozialismus und Kommunismus;

2. Zusammenarbeit mit allen modernen revolutionären Kräften, wo immer sie auch auftreten mögen.“

Der General erklärt, es sei die historische Aufgabe der sowjetischen Streitkräfte, eine wichtige Rolle zur Erlangung dieser Ziele zu spielen. Da aber die reaktionären Kräfte des Imperialismus eine entgegengesetzte Politik verfolgten und bestimmt versuchen würden, die Bemühungen der UdSSR zu vereiteln, seien die UdSSR und ihre Verbündeten im Warschauer Pakt gezwungen, „geeignete Schritte zur Stärkung ihres militärischen Potentials zu unternehmen“.

Daß diese prophylaktische Rüstung sich völlig einseitig zugunsten des sowjetischen Lagers verändert hat, wird nicht etwa verschwiegen, sondern mit Stolz hervorgehoben:

„Bei den Streitkräften der Welt hat sich das Verhältnis fundamental zugunsten des Sozialismus und zu ungunsten des Kapitalismus verschoben. Es sind gerade diese Veränderungen und der hartnäckige Kampf der UdSSR gegen die reaktionären Kräfte des Imperialismus, die zur Stärkung der internationalen Position der UdSSR und ihrer Verbündeten geführt haben.“

Unverdientes Lob

Eschborn/Taunus. Der Stadtjugendring der hessischen Gemeinde, in dem die Jungsozialisten, die DKP-Jugendorganisation SDAJ und freie bzw. konfessionelle Jugendverbände den Ton angeben, hat die Aufnahme der Jungen Union mit der Begründung abgelehnt, die Junge Union sei eine „rechtsradikale Organisation mit verfassungswidrlichen Zielsetzungen“.

Moderne Grenze

Berlin. (FKD) Großes Lob hat die Ostberliner Zeitschrift „militärtechnik“ jetzt den Grenzsoldaten der DDR gezollt. Wie die Zeitschrift in ihrer jüngsten Ausgabe schrieb, hätten zahlreiche von Grenzsoldaten vorgeschlagene „Neuerungen“ in letzter Zeit „zur wirksamen Erhöhung der Grenzsicherung und Gefechtsbereitschaft in den Truppenteilen und Verbänden“ sowie zu einer besseren Ausbildung beigetragen. Zu den „hervorragenden Leistungen“ zählt laut „militärtechnik“ ein von einem Kollektiv entwickeltes optisch-elektronisches Zielgerät für Maschinenpistolen und Maschinengewehre.

Examensangst Aufregung Lampenfieber

verderben Ihnen Ihre Chancen
Selbstvertrauen, eiserne Ruhe
und klaren Kopf sichern Ihnen

LM ENTSPANNUNGSDRAGEES
in Apotheken ohne Rezept erhältlich

ALEXANDER STERNBERG

Alles was singen kann, singt

Plattenmarkt: Des Malers und Sängers Erich (Arik) Brauer zweiter Streich

Es kann verhältnismäßig einfach sein, etwas über die Sängerin D oder den Chansonnier oder Liedermacher X zu Papier zu bringen. Aber es ist ziemlich schwer, über den Sänger Arik Brauer etwas zu schreiben. Nun gut, die Liedermacher-Welle machte es 1971 möglich, daß eine Platte mit herrlichen Liedern unter der Bezeichnung „Arik Brauer“ erschien. Doch das inzwischen reichlich leichtfertig vergebene Prädikat „Liedermacher“ war im Fall Arik Brauer mehr eine Verlegenheitslösung. Und bei den Definitionen, die dort abzu- drucken wären, beginnen die Schwierigkeiten!

Da gibt es zunächst einmal den Sänger Arik Brauer, der zwei Langspielplatten produziert hat (er wird hier zuerst genannt, weil diese Kolumne eben Sängern gewidmet ist). Weiterhin existiert der Maler Erich Brauer, dessen Namen einer der wichtigsten in der „Wiener Schule des Phantastischen Realismus“ ist. Arik und Erich Brauer sind ein und dieselbe Person. Wen haben wir also vor uns, wenn wir über Brauer schreiben? Einen Maler und Sänger? Nein! Mindestens einen Maler, Sänger, Komponisten, Dichter, Bildhauer, Bühnen- und Kostümbildner, Grafiker, Instrumentenbauer, Möbeldesigner und Verfasser eines Filmdrehbuchs. Alle diese Eigenschaften des Erich-Arik Brauer hängen zusammen mit dem Fernsehfilm „Alles was Flügel hat fliegt“, (Titel nach dem Kinderspiel), der leider erst im Herbst mit einjähriger Verspätung auch in Deutschland zu sehen sein wird, — und mit der gleichnamigen Platte, die in engem Zusammenhang mit dem Film steht, aber schon seit einigen Monaten vorliegt (Polydor 24 37 221 25 DM). Film und Platte sind bis ins Detail Brauers Werk — deshalb eben



Arik Brauer

vorhin die lange Liste aller möglichen Berufe. Gesamtkunstwerk nennt man das (progressiv heißt es Multi-Media-Show), wobei im Gegensatz zur Weltanschauung der Superlative die Betonung auf Kunstwerk liegt. Im Fall der Schallplatte sieht das Gesamtkunstwerk so aus: 12 Lieder, Text und Musik von Brauer, gesungen von Brauer. Verpackt ist die schwarze Scheibe in einem ungeheuer aufwendigen Album, das jedem Lied zwei Seiten Text und Bild widmet. Die Bilder stammen z. T. aus dem Fernsehfilm, z. T. sind es von Brauer gemalte Illustrationen, die in verschlüsselter und unverschlüsselter Beziehung zum Inhalt der Lieder stehen. Diese Illustrationen sind gütig zunächst einmal für sich allein, aber sie sind auch, oder nur Teil eines größeren

Ganzen, nämlich eines Gemäldes von Brauer, das die Vorderseite des Albums zielt. Dieses Bild ergibt dann die Einheit, zu der sich die zwölf Teile (Lieder) zusammenfügen. Brauers Gesamtkunstwerk besteht aus einer Vielzahl von Bezügen, die der Phantasie vielfältige Nahrung geben.

Um den Sänger Brauer, den „Multi-Media-Künstler“ zu verstehen, ist noch einmal ein kurzer Blick auf die „Wiener Schule des Phantastischen Realismus“ notwendig. Nach dem Kriege sammelte sich an der Wiener Akademie der bildenden Künste eine kleine Gruppe junger Künstler (Fuchs, Lehmden, Hutter, Hausner, Brauer und der stilistisch verwandte Gerhard Swohoda), deren Kunstrichtung damals völlig unerwünscht und nonkonformistisch war. Denn ihren Bildern fehlte die dünne, kalte Atmosphäre der damals vorherrschenden formalen und geistigen Abstraktion. Die jungen Künstler malten mit hohem handwerklichen Können gegenständlich, ihre Bilder waren Zeugnisse einer überaus lebendigen Phantasie. Sucht man nach den formalen Ursprüngen dieser Schule, so stößt man in der Gemäldesammlung eben jener Wiener Akademie auf das große „Weltgerichts-Triptychon“ des Hieronymus Bosch (man betrachte nur die Platten tasche der Brauer-LP), fragt man nach Personen, stößt man auf den Mentor der Wiener Phantastischen Realisten, auf Albert Paris Gütersloh. Der Ziehvater Gütersloh aber führte folgerichtig dahin, daß die genannten Wiener Maler nicht zu den Spezialisten gehören, die bloß Leinwände mit Farbe bepinseln. Wer in seinen Bildern Geschichten erzählt oder die Wirklichkeit in Symbolen verschlüsselt und mit diesen Symbolen gleichzeitig wieder erschließt, der ist mehr als nur ein Maler. So ist bei den Wiener Phantastischen Realisten die literarische Begabung unverkennbar, die in vielen Büchern aus diesem Kreis zum Ausdruck kommt. Und das in einer Zeit, in der die Fiktion in Literatur und Malerei noch immer als Sünde gilt!

In diesem Sinne sind die „multimedialen“ Künste des Malers, Sängers usw. Erich-Arik Brauer kein Zufall, keine Laune, sondern Konsequenz. Will man nun — wieder beim Thema — die Lieder des Arik Brauer näher charakterisieren, kann man gleich beim Begriff des „Phantastischen Realismus“ (ursprünglich ein Schimpfwort) bleiben. Die Phantasie ist der eine wichtige Bestandteil dieser Lieder. Brauer erzählt einfach so, ganz ohne intellektuelle Berechnung oder artifizierten Dünkel. Dieser Phantasie entspringen dann auch wunderschöne Melodien von ursprünglicher Musikalität. Mit Berechtigung verglich man diese Balladen — vor allem die Art ihrer Entstehung — mit echten Volksliedern (nicht mit denen des unechten Folklorismus). Dabei ist es dann wieder nur konsequent, wenn Brauer

im Wiener Dialekt singt. Der Realismus ist in den Liedern durch die Themen und Aussagen vertreten, die alle von großer Aktualität sind, wenn auch nicht von jener Art, die morgen schon wieder welkt. Da stößt man auf die Umweltthematik (Der Lindenbaum), auf die Sinngabe des Lebens, auf das Verhältnis der Menschen zueinander und vieles mehr. Doch kein inkompetenter Eifer läßt die Ohren schmerzen, keine scharfen Kontraste blenden das Urteilsvermögen. Brauer ist um differenzierte Urteile bemüht. Das beste Lied aber ist das über die Freiheit. Den Text sollte man gedruckt jedem Bundesbürger in die Hand drücken, damit er ihn sich merken kann! Denn Brauer findet das rechte Maß zwischen Überbetonung und Unterschätzung.

Über Sinn und Aussage seines Gesamtkunstwerks hat Brauer treffend geäußert: „Der Gedankenflug ist praktisch die Verbindung zu den verschiedenen Themen, die ich aus meiner persönlichen Sicht aufzeige. Das Spiel ‚Alles was Flügel hat fliegt‘ steht am Beginn. Kinder streiten sich, ob Gedanken fliegen können. Ein Vogel — im Ei — und ein Drache — im Viereck — sind meine Symbolfiguren. Der Vogel symbolisiert die freischwebende Idee, der Drache ist der erstarrte Gedanke, das Dogma.“ — „Ich hoffe, daß es mir gelingt, Problemen, die oft in wissenschaftlicher oder pseudowissenschaftlicher Art behandelt werden, eine solche Form zu geben, daß sie Zugang, wenn schon nicht zum Hirn, so doch zu den Herzen der Menschen haben.“

Grundlage des Sowjetsystems

Fundgrube wichtiger Informationen über die KPdSU

Das Fundamentalprinzip eines jeden kommunistischen Herrschaftssystems des sowjetischen Typs ist die führende Rolle der kommunistischen Partei. Daß an ihm trotz aller Veränderungen und Reformen, die sich im sowjetischen Hegemonialbereich seit Stalins Tod vollzogen haben, nicht zu rütteln ist, haben die Ereignisse in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 zur Genüge bewiesen. Auf welche Weise der totale Führungsanspruch der Partei in der politischen Praxis realisiert wird, ist dem Blick des auswärtigen Betrachters freilich weitgehend entzogen. „Weitgehend“ bedeutet allerdings nicht „vollständig“. Mit dem nötigen Fleiß, durch ein mühsames und systematisches Studium der Parteipresse über einen längeren Zeitraum hinweg läßt sich doch einiges herausfinden. László Révész hat sich dieser Sisyphusarbeit unterzogen und während eines Jahrzehnts 4000 Einzelquellen zusammengetragen, aus denen sich die politische Praxis der KPdSU einigermaßen rekonstruieren läßt. Das Ergebnis (László Révész: Kommentar zum Statut der KPdSU. Eine Untersuchung von Parteitheorie und -praxis in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Volksdemokratien im Lichte des Statuts der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Bern 1973, Verlag SOL, 890 S., 98,— DM), der vorliegende Kommentar zum Statut der KPdSU, ist eindrucksvoll.

Das Parteistatut ist neben dem Parteiprogramm das wichtigste Dokument, auf dem die Tätigkeit des obersten Machträgers der Sowjetunion beruht. Während das Pro-



Der Clou — eine sehenswerte Gaunerkomödie

Diese Hoffnung dürfte sich erfüllen. Zwar sind Brauers Lieder nichts für Diskotheken, Hitparaden und die nerventötende Radioberieselung, aber der vom ZDF versprochene Sendetermin für den Brauerschen Fernsehfilm garantiert fast die verdiente und erwünschte Verbreitung dieser Lieder und der LP. Die LP ist übrigens mit bewundernswerter Sorgfalt produziert, arrangiert und ausgestattet.

Das Brauersche Gesamtkunstwerk, das der Phantasie so viel Nahrung bietet, ist eine Entdeckungsreise wert. Der zweite gelungene Streich dieses Außenseiters im Metier der Liedermacher wird kaum der letzte sein. Das wäre wenigstens zu wünschen.

Wer sich nun noch für die „Wiener Schule des Phantastischen Realismus“ interessiert, kann gleich wieder zu (Erich) Brauer greifen — Pardon für die Schlechwerbung: E. Brauer, Malerei des Phantastischen Realismus. 96 S., 32 Farbtafeln, Ln., 29,80 DM, Langen-Müller Verlag München.

tersuchung über das Parteistatut wirklichkeitsnahe Ergebnisse zeitigen — der tatsächliche Parteialltag in die Betrachtungen mit einbezogen werden. Dies tut Révész auch in vorbildlicher Weise, und diesem Umstand ist es zu verdanken, daß man nach der Lektüre dieses voluminösen Werkes wesentlich klarere Vorstellungen über das Funktionieren des politischen Mechanismus in der Sowjetunion hat als zuvor. Hierbei macht es sich besonders positiv bemerkbar, daß Révész neben der sowjetischen auch die politische Praxis anderer kommunistischer Parteien — in erster Linie der polnischen, ungarischen und tschechoslowakischen — berücksichtigt, da es zahlreiche Parallelercheinungen bei unterschiedlicher Informationsdichte gibt. Am dünnsten sind die Informationen dort gesät, wo sich die eigentlichen Kommandohöhen der politischen Macht befinden. Die Tätigkeit des Politbüros und des Sekretariats ist mit einem dicken Schleier der Geheimhaltung umgeben, so daß über dieses interessante Problem nur sehr wenig zuverlässige Aussagen gemacht werden können. Etwas mehr, als auf den Seiten 487 ff. und 577 ff. enthalten ist, hätte aber doch ausgesagt werden können. Möglich wäre dies gewesen — und dies gilt pars pro toto —, wenn sich der Verfasser seine Arbeit insofern etwas leichter gemacht hätte, als er das westliche Schrifttum in größerem Ausmaß verwertet hätte. Inzwischen liegt schon eine ganze Reihe vornehmlich amerikanischer Untersuchungen zu Einzelproblemen des politischen Prozesses und der Elitebildung in der Sowjetunion vor, die beachtliche Erkenntnisse zutage gefördert haben. So üblich auch der Vorsatz ist, sich vorwiegend auf Primärquellen stützen zu wollen, ist es in Anbetracht der Kompliziertheit der Materie und der außerordentlich schwierigen Quellenlage heute kaum mehr vertretbar, auf die Sekundärliteratur weitgehend zu verzichten.

In theoretischer Hinsicht ist die Feststellung des Verfassers interessant, die Sowjetunion sei ein neofeudaler Staat (S. 376 f). Er stützt diese Qualifikation auf die Kaderpolitik der Partei, insbesondere auf das Nomenklatursystem und die strafrechtliche Sonderstellung der Parteimitglieder, die den Parteimitgliedern Privilegien einräume, die mit denen einer feudalen Aristokratie vergleichbar seien. Dieser Vergleich ist sicherlich originell, er erweckt aber auch manche Zweifel. Die Tatsache, daß die politische Macht in einer gesellschaftlichen Schicht konzentriert ist, deren Angehörige mit Vorrechten ausgestattet sind, ist bei zahlreichen politischen Gemeinwesen sowohl vor als auch nach dem Zeitalter des Feudalismus zu konstatieren. Außerdem war der feudale Staat ein Ständestaat, in dem neben Klerus und Adel auch die Städte, gelegentlich sogar die Bauern mit politischen Mitwirkungsrechten ausgestattet waren. Überträgt man dieses Modell auf die sowjetischen Verhältnisse, so fragt man unwillkürlich, welche Stände es in der Sowjetunion außer der Parteimitgliedschaft sonst noch gibt. G. B.

Unsere Filmkritik

Die Geliebte meines Vaters (Guy Casaril)

Verfilmung eines Romans von Françoise Mallet-Joris (im französischen Sprachraum recht bekannte Autorin) über die Hinneigung einer Schülerin zu der lesbischen Freundin ihres Vaters und die Entwicklung ihres Verhältnisses. Passabler Film, den man — wo gerade nichts Besseres geboten wird — durchaus sehen kann. Bemerkenswerte Musik.

Der große Coup (Don Siegel)

Ein großer Thriller und von Freunden des Genres nicht zu versäumen! Walter Matthau in der Rolle eines Bankräubers, dem nach dem gelungenen Coup Polizei und die zufällig bestohlene Mafia auf den Fersen sind. Der psychologische Schlüsselpunkt des Films liegt in dem Augenblick, in dem Matthau erkennen muß, daß sein junger Komplize zu vergnügungssüchtig ist, um ein paar Jahre — bis über die Sache Gras gewachsen ist — weiter ein unauffälliges Leben zu füh-

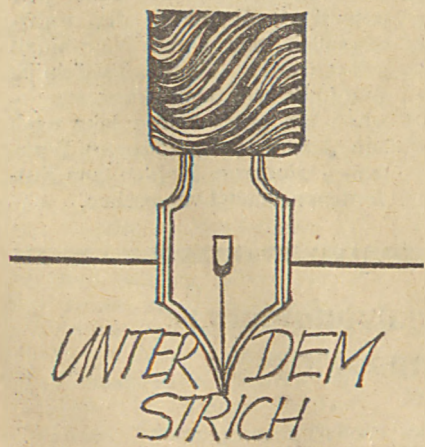
ren, daß er den bevorstehenden Anforderungen nicht gewachsen ist und man sich von ihm trennen muß.

Amarcord (Federico Fellini)

An ROMA erinnerndes, beim großen Publikum aber kaum ankommendes Werk ohne einheitlichen Handlungsablauf: Mit Jugenderinnerungen des Regisseurs vermischte Skizzen und Bilder aus dem italienischen Provinzialtag der dreißiger Jahre. Unbeschwert-Heiter, gekonnt, und trotz allem Grotesken voller Liebe zu den Italienern.

Der Clou (George Roy Hill)

Auch beim großen Publikum gut ankommender Film um ein sympathisches Gaunerpärchen im Chicago der dreißiger Jahre. Im Stil an BONNIE AND CLYDE oder an BUTCH CASSIDY AND THE SUNDANCE KID erinnernd. Ausgezeichnete Unterhaltung (aber auch nicht mehr!), hervorragende Dekorationen und ein rundes Vergnügen trotz Klauerei, Betrug und herumspritzendem Blut.



Auch eine Reform

Seit der Kunstfreund Ehmke nebenberuflich als Postminister tätig war und seit ein Kunstbeirat die Entwürfe neuer Briefmarken begutachtet, ist die graphische Qualität bundesdeutscher Briefmarken rapide gesunken. Eine Tatsache immerhin, die dem schon erloschenen Glauben an die Möglichkeit des Unmöglichen wieder neue Nahrung zu geben vermochte. Diesem Niveau die bundesdeutschen Münzprägungen anzupassen ist das Bundesfinanzministerium bemüht. Der Entwurf des neuen, ab 1975 gültigen Fünfmarkstückes wurde im Karneval veröffentlicht, so daß er zunächst für einen Beitrag

zu den Bräuchen dieser Jahreszeit gehalten wurde. Die neue Münze ist extrem leicht, wie aus Bonn verlautet. Vermutlich handelt es sich dabei um ein erfolgreiches praktisches Experiment zur Erprobung der Konvergenztheorie. In der Epoche des kalten Krieges mokierte sich die Bundesbürger über Ulbrichts Aluminiumgeld. Ab 1975 wird die andere deutsche Hälfte über die gewichtigere Währung verfügen, soweit es das Gewicht der Kursmünzen angeht. Eingeweichte Kreise halten es jedoch auch für denkbar, daß es sich bei der Herausgabe des neuen Fünfmarkstückes um eine Aktion des Bundespresseamtes handelt, die bürgernah über die Inflation informieren möchte. Die Vorderseite der Münze mit der Wertangabe macht den Eindruck, als habe sie ein wütender Sparer mit dem Vorschlaghammer bearbeitet. Die Rückseite schmückt ein Federvieh, das erste zoologische Bestimmungsversuche als eine Kreuzung zwischen Bundesadler und Pleitegeier nambhaft machten. Sollte allerdings bis 1975 die Inflation noch weitere Fortschritte gemacht haben, empfiehlt es sich, diese Rückseite gegen diejenige der 5-DM-Pettenkofer-Gedenkmünze von 1968 auszutauschen, die bereits das vollendete Abbild des Pleitegeiers zitiert. dp

Vertrau der Post

Die Auswirkungen des letzten Streiks bei der Bundespost lassen vermuten, daß auch ein völliger Wegfall aller postalischen Dienstleistungen, den der bisher zuständige

Minister angeblich noch nicht plante, den Postkunden zunächst überhaupt nicht auffallen würde. Ein Beispiel aus der Gegenwart: Wenn jemand ein Päckchen zur Post gibt, das den Empfänger nie erreicht, dann befindet sich der Empfänger faktisch in derselben Situation wie nach einer erträumten Abschaffung der Bundespost. Wenn er aber, wie im Augenblick, für Dienstleistungen der Post, die ihn schädigen, auch noch Gebühren entrichten muß, dann hat er von einem Ende des Postbetriebs nur Vorteile zu erwarten. Wer vor Jahren trotz aller Warnungen Geldscheine in Briefen beförderte, konnte sich darauf verlassen, daß diese Briefe auch den Empfänger erreichten.

Ob das heute noch möglich ist? In den letzten vier Monaten sind mindestens sieben bis acht Päckchen mit Büchern und Schallplatten im Wert von über 300 DM auf dem Weg zum Verfasser dieser Glosse verschwunden. Bisher bestand trotzdem die Neigung, diese Vorfälle zu ignorieren, die Schuld bei den Absendern zu suchen oder den Zufall verantwortlich zu machen. Dann müßten beim Zufall allerdings recht lose Sitten eingerissen sein. Nachdem aber nun auch ein Moderator im Süddeutschen Rundfunk in einer Sendung just über dieselben Erfahrungen berichtete, darf angenommen werden, daß die Inflation nun auch die Klaurate bei der Post erfaßt hat. Wäre es da nicht an einem gewissen Minister, seine überschüssige Kraft darauf zu konzentrieren, diese Klaurate wieder auf ein preußisches Maß zu senken? -er.

Patt

Dortmund. Auf Grund einer quasi Pattsituation zwischen MSB/SHB (auch MSHB genannt) und der antirevisionistischen „Kommunistischen Fraktion“ beschloß die Studentenvollversammlung, die Stimmen der Uni Dortmund auf der VDS-Versammlung nicht wahrzunehmen. Beschlossen wurde außerdem eine neue Wahlordnung (nach Listen) für die SP-Wahlen Ende Mai, die möglicherweise zu einer Einflußverminderung der Antirevisionisten, die gemeinsam auf einer „Roten Liste“ kandidieren wollen, führen werden.

Einsparungen

Stuttgart. Die Finanzminister der Bundesländer kamen Anfang Mai auf Grund eines Gutachtens zur

kungen im Haushaltsaufkommen festzustellen waren, noch mußten die Betriebsmittellrücklagen für Kredite in Anspruch genommen werden. — Ein krasser Fall von politischer Unsauberkeit. Pikant freilich wird die Sache auch dadurch, daß dem Überprüfungsaußschuß, dem auch ein Vertreter des BWL-Lehrkörpers angehört, das potemkinsche Geld-Dorf nicht auf-fiel, obwohl er eigentlich nach der Finanzsatzung zu einer genauen Nachprüfung der Rücklagen verpflichtet gewesen wäre. Genau dies aber geschah, zumindest im letzten Haushaltsjahr, nicht. Damit nicht genug: Noch von anderer Seite droht Zwist. Denn im AStA lag bisher ein „Kuckucksei“. Gewählt als Vertreter der ADF traten Sozialreferent Harald Milatz und SP-Mitglied Stefan Stodieck kürzlich in den von ihnen mitge-

ber ausüben können, denn dann löst das Bayerische Hochschulgesetz die „verfaßte Studentenschaft“ auf. Die Wahlbeteiligung nahm von 32,6 Prozent im Vorjahr auf nunmehr 30,1 Prozent ab. Damit bestätigte sich die Entwicklung der letzten Jahre. An der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät lag sie noch am höchsten. Als zweitstärkste Gruppe behauptete sich wiederum der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), der jetzt 10 Sitze einnimmt. Die weitaus größte Schlappe mußte der aus dem Bundesverband ausgeschlossene Sozialistische Hochschulbund einstecken, der 80 Prozent seiner Sitze verlor. Die Ulk-gruppe LRNF (Liga für rauch- und nikotinfreies Franken) konnte immerhin einen Sitz erreichen.

wärtig etwa 11 000 Studenten immatrikuliert sind. Die Entscheidung im Studentenparlament fiel allerdings mit 18:17 denkbar knapp aus.

Die SP-Wahlen im Februar hatten bei einer Wahlbeteiligung von 35 Prozent folgendes Ergebnis gebracht: RCDS/Unabhängige 12, SLH 6, Linke Liste 6, AGDS 5, Fachschaftenliste 5, Liste Demokratischer Kampf 1.

Eine Mehrheit für die neuen AStA-Gruppen hatte sich auch schon vor längerer Zeit bei der studentischen Vertretung im Großen Senat ergeben.

Bei den Koalitionsverhandlungen zwischen den beiden den AStA tragenden Gruppen hat sich der SLH mit seinen Forderungen — allgemeinpolitisches Mandat, VDS-Mitarbeit etc. — gegenüber dem fraktionsstärkeren Partner voll durchgesetzt. Diese Tatsache findet ihre Begründung u. a. darin, daß der SLH, im Gegensatz zum RCDS, grundsätzlich auch zum Zusammengehen mit sozialistischen Gruppen bereit ist und dadurch einen größeren Verhandlungsspielraum besitzt. Zur weiteren Einschätzung des neuen AStA mag folgendes Detail geeignet sein: Der AStA-Vorsitzende (RCDS) ist ehemaliger Jungsozialist, der zweite Vorsitzende (SLH) ist Mitglied der Jungdemokraten.

Kritik

Darmstadt. Eine Kampagne zur Verweigerung der Sozialbeitrags-erhöhung (7,50 DM) führte zu Anfang des Sommersemesters der MSB-nahe AStA der TH Darmstadt durch. Diese von Kultusministerium veranlaßte Erhöhung wurde im Zusammenhang mit anderen Preissteigerungen (Mensaessen, Bundesbahn, Heizkostenpauschale in Wohnheimen etc.) sowie mit der keineswegs ausreichenden BAFÖG-Förderung gesehen. Auf der Kritikliste des AStA stehen weiterhin das Bundeshochschulrahmengesetz, das Hessische Universitätsgesetz und das für Hessen vorgesehene Ordnungsrecht.

Vom Kultusminister noch nicht genehmigt ist die Studentenschafts-satzung der Hochschule, eine Satzung, die vor allem vom RCDS stark kritisiert wird.

Rechtsruck

Lund. Seit vielen Jahren galt die südschwedische Universitätsstadt als rote Hochburg, bis die jüngsten Wahlen zum Studentenparlament einen vollständigen Wechsel ergaben. Von den 61 Parlamentssitzen errang die entschieden rechte Studentengruppe „Lunds Fria Studenter“ 42 Mandate. In den Rest teilen sich diverse kommunistische Gruppen mit 10, Sozialdemokraten mit 6 und Liberale mit 3 Sitzen. Die nichtstalinistischen Linkssektierer gingen leer aus.

Engpaß

Mainz. Nach der Einführung eines Numerus clausus für Juristen in Frankfurt hat jetzt auch der Fachbereichsrat des Fachbereichs Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Mainz Zulassungsbeschränkungen im Fach Jura ab kommendem Wintersemester beschlossen. Unter Berücksichtigung interner Kapazitätsberechnungen hatten die Professoren

Fernuniversität geplant

Hagen. Eine für die Bundesrepublik neuartige Universität ist für das Wintersemester 1975/76 in dieser Stadt geplant. Es handelt sich um eine Fernuniversität, wie sie in anderen Ländern bereits längere Zeit bestehen. In England z. B. arbeitet die vergleichbare „Open University“ seit 1971 mit etwa 25 000 eingeschriebenen Studiervilligen.

Im Lehrprogramm für die vorgesehenen 7000 bis 9000 Studenten stehen zunächst nur die Bereiche Mathematik und Wirtschaftswissenschaften, später sollen Pharmazie, Biologie und Psychologie — also traditionelle NC-Fächer — hinzukommen. Die Lehrmittel bestehen aus Studienbriefen, Kassetten und Tonbändern, ein direkter Kontakt mit den Dozenten ergibt sich lediglich bei Ferien- und Wochenendkursen sowie bei Übungen, Klausuren und Prüfungen.

Der verantwortliche Wissenschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, sieht in der beabsichtigten Fernuniversität eine Möglichkeit, a) die überfüllten Hochschulen zu entlasten, b) die Kosten für einen Studienplatz auf etwa ein Drittel zu senken, c) besonders Berufstätigen weitere Bildungschancen zu eröffnen.

Auch in Baden-Württemberg ist die Errichtung einer Fernuniversität gegenwärtig in der Diskussion. In der Antwort auf eine Anfrage im Landtag betonte das Kultusministerium jedoch, daß vor einer endgültigen Entscheidung darüber die vierjährige Erprobungszeit eines Versuchs zur Einrichtung eines solchen Fernstudiums abgewartet werden solle.

schon während der Semesterferien eine Zulassungsbeschränkung im Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften erwogen. In der ersten Fachbereichsratssitzung vom 10. April waren dann die studentischen Vertreter über diese Pläne informiert worden. Da man sich aber in der juristischen Abteilungssitzung nicht über die endgültige Aufnahmezahl entscheiden konnte, wurde die endgültige Beratung im Fachbereichsrat auf den 17. April verschoben. In dieser Sitzung des Fachbereichsrats wurde eine Aufnahmezahl von knapp 500 Studenten pro Jahr beschlossen. Allein für das nächste Wintersemester rechnet die Universität Mainz mit etwa 1000 Erstsemestern in Jura. Die Einführung des Numerus clausus im Fach Jura wird zwangsläufig im nächsten Semester eine Zulassungsbeschränkung in den Wirtschaftswissenschaften nach sich ziehen, da die meisten Abgewiesenen sich dort einschreiben werden.

Studienberatung

Saarbrücken. Eine geradezu vorbildliche Studienberatung ist von der Universität dieser Stadt zu berichten. Hier haben im Laufe des Wintersemesters etwa 2000 Abiturienten in kleineren Gruppen die Uni besucht, wo sie das Büro für Studienberatung an jeweils einem Vormittag mit den Studienmöglichkeiten vertraut machte.

Diese Form der Studienberatung eignet sich vor allem für die sogenannten experimentellen Fachbereiche wie Physik, Elektro-Technik etc., welche jeder Gruppe der Abiturienten einen wissenschaftlichen Mitarbeiter für Auskünfte zur Verfügung stellte.

Ordnungsrecht

Gießen. Verstärkte Aktivitäten entwickeln gegenwärtig die linken Studentengruppen einschließlich des vor allem von Jusos getragenen AStA im Zusammenhang mit dem „Kampf gegen das Hessische Ordnungsrecht“. Das HOR war vor einigen Wochen anlässlich der Frankfurter Straßenschlachten in die Diskussion gekommen, als Kultusminister von Friedeburg für die Hochschulen seines Landes ein solches Hausordnungsrecht ankündigte, um gegen eventuelle Störer härter vorgehen zu können. Um eine breite Mobilisierung der

Studenten und der Bevölkerung zu erreichen, kündigte der Gießener AStA eine Dokumentation an, die mit hoher Auflage in der Stadt verteilt werden soll, außerdem sollen u. a. Informationsstände eingerichtet und eine Unterschriftensammlung in der Uni durchgeführt werden. In weitgehender Zusammenarbeit mit anderen nichtstudentischen Organisationen, z. B. Gewerkschaften, soll schließlich eine Demonstration gegen das Ordnungsrecht vorbereitet werden.

Da vom 14. bis 16. Mai Studententparlamentswahlen vorgesehen sind, sind durch die angeführten Maßnahmen eine stärkere Politisierung der Studenten im Sinne der Jusos, des Spartakus etc. und möglicherweise eine höhere Wahlbeteiligung zu erwarten.

Unhaltbar

Bonn. Seit etwa eineinhalb Jahren herrscht im Bonner Studentenparlament eine Pattsituation zwischen MSB/SHB/LHV, die den AStA

engagiert & konservativ



„student“ abonnieren . . .

- ☐ Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich eine Probenummer „student“.
- ☐ Ich abonniere bis auf Widerruf die Zeitschrift „student“ zum Preis von DM 12,- (88,- ÖS) jährlich (acht Nummern), einschließlich Porto, und überweise den Betrag im voraus. Postscheckkonto Nürnberg, Nr. 155 54-857, Deutsche Bank Würzburg, Nr. 01/07300, Postscheckkonto Wien Nr. 7781.834 (K.-W. Schweppe).
- ☐ Zum Vorzugspreis für Schüler und Studenten (DM 5,- pro Jahr).

Name: _____
Plz. und Ort: _____
Straße: _____
Beruf: _____
Datum: _____
st. 44

Einsenden an: „student“-Vertrieb, 87 Würzburg, Uhlstraße 16

. . . oder ein Probe-Exemplar anfordern.

Finanzierung von Schul- und Hochschulaufgaben zu dem Schluß, daß die Zielsetzungen des sogenannten Bildungsgesamtplanes, der u. a. eine Steigerung der Studentenzahl von 500 000 auf eine Million bis 1985 vorsieht, ohne empfindliche Steuererhöhungen nicht zu erreichen sind. Falls die Vorhaben zeitlich nicht gestreckt werden würden, müßten Mittel in anderen Bereichen wie Verkehr, Polizei und Soziales eingespart werden. Andererseits hätte eine Verlangsamung des Ausbaus im Schul- und Hochschulbereich den Vorteil, daß die Universitätskapazitäten auf veränderte Arbeitskapazitäten in Zukunft besser abgestimmt werden könnten.

Kuckucksei im AStA

Würzburg. In Würzburgs hochschulpolitischer Landschaft rumort es wieder. Kaum ist der linke AStA durch einen eher konservativen Nachfolger ersetzt, da fliegen bei Durchsicht der Bücher schon Unregelmäßigkeiten des letzten Studenten-Ausschusses auf. In den Rücklagen, so stellte man jetzt fest, fehlen vermutlich über 40 000 DM. Der Verdacht liegt nahe, daß sich das bis vor kurzem linksmajorisierte Studentenparlament durch Haushaltsbeschlüsse über die Satzung hinwegsetzte: Rücklagen wurden aufgelöst, obwohl weder Schwan-

gründeten SLH ein, der sich seinerseits seines Vertreters im AStA brüsst. Bis dahin kannte den SLH in Würzburg niemand, zu allerletzt diejenigen freilich, von denen Harald Milatz und Stodieck gewählt worden waren. Es ist wohl schon ungewöhnlich, daß der SLH sich immer noch für das allgemeinpolitische Mandat der verfaßten Studentenschaft einsetzt, obwohl doch (auch verfassungsrechtlich) einleuchten sollte, daß Grundrechte der Individuen nicht durch Gruppenrechte aufgehoben werden können. Zudem: Es erinnert an fatale Zeiten, daß eine Organisation, wie hier die verfaßte Studentenschaft, sich das Recht herausnehmen dürfen soll, ihre Mitglieder allgemeinpolitisch zu vertreten, obwohl diese ihr zwangsweise angehören.

Nikotinfrei

Erlangen. Die 17. und vorläufig auch letzten Wahlen zum Studentenparlament an der Universität Erlangen-Nürnberg endeten zwar mit einem knappen Sieg der „Linken Liste“, einer Koalition aus der Juso-Hochschulgruppe mit den Basisgruppen Soznatek, der große Verlierer war jedoch der Sozialistische Hochschulbund. Allerdings wird diesmal der von den 36 Parlamentsmitgliedern gewählte AStA-Vorsitzende sein Amt nur bis Okto-

Offener Brief

Tübingen. In einem offenen Brief an den Uni-Präsidenten hat sich der Hochschulring Tübingen Studenten (HTS), der sich selbst als „liberalkonservativ“ bezeichnet, für eine gesamtuniversitäre Listenwahl (ohne die gegenwärtig bestehende Wahlkreiseinteilung) bei den Studentenparlamentswahlen im Sommer ausgesprochen. Bei den kürzlichen Wahlen zu Ende des Wintersemesters war der HTS zwar als

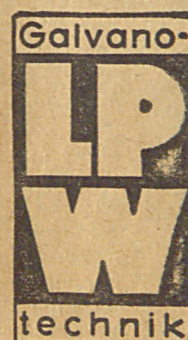


zweitstärkste Fraktion ins Parlament eingezogen, war jedoch nicht in die Gespräche zur Bildung eines neuen AStA (GEW, SHB, SZ) mit einbezogen worden. Die Linksrufen andererseits, die es besser verstehen, ihre Anhänger schnell zu mobilisieren, streben ebenfalls ein für sie günstigeres Wahlsystem an, jedoch ist die Rückkehr zu einer Wahl der Studentenvertreter auf Fachschaftsvollversammlungen — ein Zustand, der mehrere Jahre zugunsten dieser Gruppen bestanden hat — kaum mehr im Bereich des Möglichen, da der gesetzgeberische Trend von seiten der Kultusminister dies nicht zuläßt, eine Tatsache, die durch die kürzlich erfolgte Änderung des baden-württembergischen Hochschulgesetzes bestätigt wurde.

Gemäßigter AStA

Karlsruhe. Einen neuen AStA aus den Gruppen RCDS/SLH, der eine Linkskoalition ablöste, erhielt zu Anfang dieses Semesters die Universität Karlsruhe, an der gegen-

LPW bietet lohnende Aufgaben in der galvanotechnischen Industrie; auch während der Semesterferien



Unser vielseitiges und breit angelegtes Produktionsprogramm — galvanotechnische Verfahren, Apparate- und Anlagenbau, Abwasserreinigung, Metallreinigung und Entfettung — beruht auf der engen Verflechtung von Forschung, Wissenschaft und Technik. Die Entstehung neuer Verfahren, die Rationalisierung von Herstellungsprozessen und die fortschreitende Automation stellen uns immer wieder vor interessante und vielseitige Aufgaben.

Diese Aufgaben auch für die Zukunft zu lösen, bedarf es der Mitarbeit fähiger, selbständig arbeitender und ideenreicher

NACHWUCHSKRÄFTE

Sind Sie an einer Tätigkeit bei uns interessiert, wenden Sie sich an die Personalabteilung der

Langbein-Pfannhauser-Werke Aktiengesellschaft.
4040 Neuss/Rhein, Postfach 317
Telefon (0 21 01) 20 02 85